

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

173 44. JAHRGANG
1/2023

Generationengerechtigkeit Perspektiven für die Junge Generation

FINANZMARKTPOLITIK

**Deutschlands Platz in einer
konfrontativen Welt sichern**

Christian Sewing

TOP-INTERVIEW

**„Mit unseren Konzepten würde
das Land besser dastehen“**

Thorsten Frei

AKTIENRENTE

**Generationengerechtigkeit
im Blick**

Dr. Florian Toncar

Wirtschaftsrat**Exklusiv** ist mehr als nur ein Mitgliederausweis.



Freuen Sie sich auch in diesem Jahr über vielfältige Angebote unserer langjährigen Kooperationspartner:

- ▶ Mindspace
- ▶ Business-Clubs:
 - Airport Club Frankfurt
 - Industrie-Club Düsseldorf
 - ROTONDA Business Club Köln

sowie über viele weitere Möglichkeiten, die wir Ihnen im Laufe des Jahres 2023 offerieren werden.



Wir danken der Quirin Privatbank AG und ihrer digitalen Tochter quirion AG für ihre freundliche Unterstützung.



Neugierig geworden?
Entdecken Sie alle Informationen auf unserer Website.

Foto: Neil Killius

**Astrid Hamker**

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

hebe diejenigen und Feinde des Wirtschaftswachstums,

Wie ideologisch und realitätsfremd geht's denn noch? Das forcierte Verbot von Gas- und Ölheizungen oder ein vorgezogenes Verbrenner-Aus schon 2035 stoßen in Deutschland und noch mehr europaweit schon wegen der noch nicht ausgebauten Stromnetze und Ladeinfrastruktur an Grenzen. Zudem sind elementare Fragen der Versorgungssicherheit mit ausreichend verlässlichen Energieträgern, die Wärmepumpen laufen und E-Autos rollen ließen, vor allem in unserer Industrienation nicht seriös beantwortet.

„Beim vorzeitigem Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor wollte die EU-Kommission in der Kurve stur geradeaus fahren.“

Der Präsident der Bundesnetzagentur Klaus Müller – übrigens Mitglied der Grünen – konnte nach diesem vergleichsweise milden Winter für die nächste kalte Jahreszeit keine Entwarnung geben, als er im Februar mit unserem Präsidium diskutierte. Dennoch werden die letzten Kernkraftwerke, die noch für den Übergang gebraucht worden wären, in diesen Tagen abgeschaltet. Es ist wie eine Fahrt bei Vollgas in eine Nebelwand.

Um in diesem Bild zu bleiben: Beim vorzeitigem Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor wollte die EU-Kommission in der Kurve stur geradeaus fahren. Selbst klimafreundliche E-Fuels sollten nicht berücksichtigt werden. Die nachträgliche Initiative von Bundesverkehrsminister Volker Wissing können wir nur unterstützen.

Auch in Deutschland gibt es längst eine große Baustelle: Bei E-Fuels müssten wir uns ein Beispiel an den

pragmatischen Schweden nehmen. Der deutsche Verkehrssektor verfehlt die CO₂-Einsparungsziele nur wegen ideologischer Verengung und hat mit knapp neun Millionen Tonnen zu viel CO₂ ausgestoßen. Deutschland setzt ausschließlich auf E-Mobilität und verfehlt so seine CO₂-Einsparungsziele Jahr für Jahr. Schweden erhöht seine Beimischungsquoten für E-Fuels und senkt seinen CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor um elf Prozent in einem Jahr. Die ganze Bundesregierung muss endlich die Blockadehaltung gegenüber klimafreundlichen Kraftstoffen aufgeben.

Im ganzen Land gibt es nicht umsonst große Aufregung um ein weiteres ideologisches Thema: Gas- und Ölheizungen wird man nur schrittweise ablösen können, mit Stichtagen für Umrüstungen oder gar gänzlichen Verboten ist dies weder sinnvoll noch sozialverträglich für Eigenheimbesitzer zu gestalten. Selbst große Kommunen und öffentliche Wohnungsgesellschaften sehen sich völlig überfordert, weil in Verdichtungsräumen nicht in jeden Hof Wärmepumpen gesetzt oder zu jedem Gebäude Fernwärmehohre verlegt werden können.

Ich wünsche mir mehr Vernunft und Verstand bei der Lösung unserer Zukunftsprobleme: Unsere Ingenieurkarnation kann das stemmen, wenn wir unser geistiges Potential technologieoffen nutzen. Ideologische Scheuklappen hingegen können wir uns dabei nicht leisten.

Herzlichen
Tage
Ihre Astrid Hamker

Inhalt



Foto: Tobias Koch

8 TOP-INTERVIEW

„Mit unseren Konzepten würde das Land deutlich besser dastehen“

TREND sprach exklusiv mit dem ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Thorsten Frei MdB über ein mögliches Auseinanderbrechen der Ampelkoalition, ein wirtschaftspolitisches Sofortprogramm für den Mittelstand und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort.



Foto: AdobeStock@melita

10 TITEL

Generationengerechtigkeit: Neue Perspektiven für die junge Generation

Die Generationengerechtigkeit hat in den vergangenen Jahren stark gelitten. Junge Menschen sind überfordert von den hohen Sozialabgaben und einer ausufernden Staatsverschuldung. Eine eigene Immobilie können sich junge Familien kaum mehr leisten. Das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft muss dringend erneuert werden. Der Königsweg dorthin führt über sinkende Steuern und Abgaben.

START

EDITORIAL

- 3 ► Astrid Hamker

AUSSENANSICHT

- 6 Im Schneckentempo im Wettlauf mit den USA
► Thomas Sigmund

TITEL

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

- 10 Neue Perspektiven für die junge Generation
► Peter Hahne

AKTUELL

INTERVIEW

- 8 „Mit unseren Konzepten würde das Land deutlich besser dastehen“
► Thorsten Frei MdB

AKTIENRENTE

- 16 Generationengerechtigkeit im Blick
► Dr. Florian Toncar

WOHLSTAND

- 18 Unser Wohlstandsversprechen basiert auf Leistung
► Jens Spahn

INDUSTRIESTANDORT

- 20 Zehn-Punkte-Plan für Deutschland
► Präsidium und Bundesvorstand

ENERGIEWENDE

- 24 So erschaffen wir die grüne Energiewelt von morgen!
► Dr. Markus Krebber

CYBERSECURITY

- 26 Doppel-Wumms nicht gehört?
► Prof. Timo Kob

TREND-GRAFIK

- 28 Pflege vor dem Kollaps?

KRANKEN- UND PFLEGEVERSICHERUNG

- 30 Sozialpolitik auf Pump frisst die Reserven auf

FINANZMARKTPOLITIK

- 32 Deutschlands Platz in einer konfrontativen Welt sichern
► Christian Sewing

- 34 Innovationen begleiten
► Mark Branson

- 35 Energiewende vorantreiben
► Dr. Jörg Kukies

- 36 Inflation bekämpfen
► Prof. Dr. Dr. h.c. Lars Feld

- 37 Groß denken
► Sebastian Brehm MdB

AUSSENHANDELSPOLITIK

- 39 Gemeinsam mehr erreichen
► Astrid Hamker

- 40 Deutschland ist natürlicher Partner
► Tomáš Kafka

- 41 Transatlantisches Bündnis stärken
► Wolfgang Ischinger
► Woodward Clark Price

- 42 Europäische Sicherheit wahren
► Roderich Kiesewetter MdB

- 43 Gemeinsame China-Strategie entwickeln
► Jürgen Hardt MdB



Foto: AdobeStock@industrieblick

20 INDUSTRIESTANDORT

Zehn-Punkte-Plan für Deutschland

Präsidium und Bundesvorstand des Wirtschaftsrates schlagen der Politik zehn Punkte vor, um die globale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

WIRTSCHAFTSRAT

INNENANSICHT

44 Neues aus den Kommissionen

ERSTER AUSSENHANDELSTAG

46 Impressionen

JUNGER WIRTSCHAFTSRAT

47 Generationengerechtigkeit verbessern

FINANZMARKTKLAUSUR 2023

48 Impressionen

ENGAGEMENT

50 „Ökonomie und Ökologie dürfen kein Gegensatz sein“
Marius-Quintus Jäger

STANDPUNKT STEIGER

52 Soziale Marktwirtschaft ist die beste Wahl



Foto: European Union, 2022

32-37, 48 FINANZMARKTPOLITIK

Deutschlands Platz in einer konfrontativen Welt sichern

Deutschland befindet sich in fünf großen Transformationen – der Neubewertung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, dem Klimawandel, dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und der Modernisierung unserer Infrastrukturen. Diese Themen erfordern massive Investitionen. Eine europäische Kapitalmarktunion könnte diese Mittel mobilisieren und in der Finanzbranche das bisher liegengelassene Potenzial des Binnenmarktes heben.

SCHLUSS

AUS DEN LÄNDERN

53 Rückblick | Einblick | Ausblick

56 Impressum

FORUM

57 Im Spiegel der Presse

58 Zahlen des Quartals

58 Spindoktor

19,14 Milliarden*

**Wert der ehrenamtlichen Arbeit in NRW pro Jahr in Euro*

Der Ehrenamtatlas ist die Vermessung der freiwilligen Arbeit in NRW und ein echter Datenschatz.

ehrenamtatlas.de



Im Schneckentempo im Wettlauf mit den USA

Europas Antwort auf den Inflation Reduction Act darf nicht teure, aber wirkungslose Industriepolitik à la Frankreich sein. Deutschland und die EU müssen wieder eine kluge Standort- und Handelspolitik betreiben.

Donald Trump ist weg, doch sein Motto „America First“ bleibt. US-Präsident Joe Biden greift mit seinem Inflation Reduction Act (IRA) derart massiv in den internationalen Markt der Technologien ein, dass es vielen in Europa erstmal die Sprache verschlug. Leider nicht lange. Als Antwort kamen reflexhaft die Forderungen nach neuen eigenen milliardenschweren Subventionstöpfen für die europäischen Unternehmen.

Frankreich ist gewohnt vorn dabei und träumt weiter von einer staatlich gelenkten Wirtschaft. Die Warnungen vor einem deindustrialisierten Europa dürfen da nicht fehlen. Die nordeuropäischen Länder sehen das anders

und bremsen. Und Deutschland? Berlin verhandelt mit Washington über Ausnahmen für seine Autoindustrie. In solchen Momenten fehlen einem die Briten, die für wirtschaftspolitische Ordnung sorgen könnten. Also alles wie immer. Ein Brüsseler Kompromiss wird wohl mit viel Geld die Probleme unter den Teppich kehren, die uns noch den Wohlstand kosten können.

Dabei sollte sich herumgesprochen haben, dass ein Subventionswettlauf um Zukunftstechnologien am Ende nur Verlierer kennt. Das Ganze nimmt heute schon groteske Formen an. Der US-Konzern Intel hält etwa für sein geplantes Werk zur Chipproduktion in Magdeburg inzwischen Zuschüsse vom Bund von fast zehn Milliarden Euro für notwendig. Rund 10.000 Arbeitsplätze sollen irgendwann entstehen. Das sind eine Million Euro pro Arbeitsplatz. Auch wenn es richtig ist, die Abhängigkeit von China in diesem Bereich zu verringern. Erpressung wäre für die Forderungen des US-Konzerns ein zu hartes Wort – aber mit Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit hat das nichts mehr zu tun.

Zurück zum Inflation Reduction Act. Joe Bidens Ausgabenpaket für



den grünen Umbau der Wirtschaft umfasst auf den ersten Blick gewaltige 370 Milliarden Dollar. Offiziell will der US-Präsident vor allem die Inflation bekämpfen, es handelt sich aber letztendlich um knallharte Industriepolitik. Die deutsche Wirtschaft setzt das unter Stress, denn wer die Subventionen und Steuererleichterungen erhalten will, muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So wird etwa der Kauf von Elektroautos nur subventioniert, wenn die Batterien dafür auch in Nordamerika hergestellt worden sind. Das allein hat ein Volumen von 200 Milliarden Dollar.

Europa sollte sich aber aus drei Gründen nicht jagen lassen. Erstens: Das US-Programm ist auf zehn Jahre gestreckt, 37 Milliarden Dollar hören sich nicht nach einem Doppel-Wumms an. Zudem würde doch kein Unternehmen seinen Standort komplett in Europa schließen, nur weil es in den Vereinigten



Thomas Sigmund

Ressortleiter Politik und Leiter
Hauptstadtbüro Handelsblatt

„Es fehlen jetzt die Briten, die für wirtschaftspolitische Ordnung in Europa sorgen könnten.“

Staaten für ein paar Jahre Subventionen gibt. Das viele Geld kann sich auch schnell in Luft auflösen, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse in den USA ändern.



Foto: European Union, 2023 - Christophe Licoppe

Zweitens: Es gibt auch deutsche Gewinner des grünen Subventionsprogramms. Etwa BASF, Covestro, Lanxess oder Evonik. Die Chemiekonzerne verfügen bereits über große Fabriken in den USA. Sie liefern vor Ort Chemikalien und Grundstoffe für den grünen Umbau an die US-Industrie und werden damit als amerikanische Unternehmen behandelt.

Drittens: Europa ist auch grüner Subventionsweltmeister. Den Einbau einer Wärmepumpe in einem Privathaushalt bezuschusst die US-Regierung nach dem IRA-Programm nun mit maximal 2.000 US-Dollar. In Deutschland sind schon länger viel höhere Summen üblich: Bis zu 40 Prozent der Kosten übernimmt der Staat. Da können bis zu 60.000 Euro pro Wohneinheit zusammenkommen. Übrigens auch bei den E-Autos zeigen sich die Europäer teils spendabler als die USA.

Kann sich nun Europa entspannt zurücklehnen? Natürlich nicht, schon

allein wegen der hohen Energiepreise im Vergleich zu den USA. Geld ist aber nicht alles. Europa muss zualtererst wieder eine kluge Standort- und Handelspolitik betreiben. Das Freihandelsabkommen TTIP ist an einem Chlornhühnchen gescheitert. Jetzt jammern all die über den amerikanischen Protektionismus, die das Abkommen TTIP torpediert haben. Man könnte auch sagen: Wenn diese Globalisierungsgegner nun alle zu Freihandelsfreunden werden, dann wäre viel erreicht. Es wäre auch der falsche Weg gegen das Programm vor Gericht zu ziehen, auch wenn wahrscheinlich einige Regeln gegen WTO-Recht verstoßen. Besser ist es mit der Biden-Administration über Ausnahmen für Europa zu verhandeln, da gibt es ja auch bereits Annäherungen.

Die Europäer sollten vor allem aber wieder einen Blick in den Lissabon-Vertrag von 2009 werfen. Da haben sich Mitgliedsstaaten in die Hand versprochen, aus Europa einen wettbewerbsfähigen Tanker im internationalen Vergleich mit den USA und China zu bauen. Heute ist Europa überreguliert und verschreckt Investoren mit einer überbordenden Bürokratie. Der EU-Rat hat zwar den „Green Deal Industrial Plan“ beschlossen und will die Beihilferegeln für den grünen Umbau der Wirtschaft lockern. Das kann aber nur der Anfang sein.

Die richtige Antwort auf den Inflation Reduction Act für Europa, und insbesondere Deutschland, wäre eine Unternehmenssteuerreform, mehr Forschungsförderung und schnellere Genehmigungsverfahren. Welche ausländischen Unternehmen sollen zu uns kommen, wenn sie Höchststeuersätze zahlen und teure Energiekosten schultern müssen. Dann kommt auch noch der Fachkräftemangel hinzu. Europa und vor allem Deutschland dürfen sich nicht einer Wohlstandssillusion hingeben. Die vom Bundeskanzler ausgerufenen Deutschland-Geschwindigkeit bei Entscheidungen ist bisher nur ein Wunschdenken. Es gibt zwar Ausnahmen wie die tatsächlich in Rekordzeit erbauten LNG-Terminals. Ansonsten bewegen wir uns weiter im Schneckentempo fort. □

Testbilanz 2022

DebeKa

38x TESTSIEGER

108x SEHR GUT

85x TOP FIVE



DebeKa

Versichern und Bausparen

TREND sprach exklusiv mit dem ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Thorsten Frei MdB** über ein mögliches Auseinanderbrechen der Ampelkoalition, ein wirtschaftspolitisches Sofortprogramm für den Mittelstand und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort.

Das Interview führte **Katja Sandscheper**.

– Herr Frei, Sie haben angesichts der zähen Entscheidung des Kanzlers zur Lieferung des Leopard-Panzers an die Ukraine wie auch Außenpolitiker Norbert Röttgen eine Jamaika-Koalition unter Friedrich Merz ins Spiel gebracht. Nun sollen doch zumindest 14 Leopard-Panzer an die Ukraine geliefert werden. Sehen Sie die Ampel trotzdem vor dem Aus?

Die gegenseitigen Anschuldigungen und schrillen Töne zwischen den Ampel-Parteien in der Panzerdebatte hinterlassen tiefe Gräben innerhalb der Koalition. Trotzdem: Der Machterhaltungstrieb hält die Ampel vermutlich bis auf Weiteres zusammen.

Es fehlt massiv an Liquidität. Nicht wenigen Betrieben droht das Aus. Was sagen Sie dem Mittelstand?

Erforderlich ist ein Sofortprogramm, das an zentralen Stellschrauben ansetzt, um den Unternehmen zu helfen. Wir brauchen neue Impulse für eine Erholung und für einen anhaltenden Aufschwung, indem auf der Grundlage eines soliden öffentlichen Haushalts einerseits weitere Wachstumschancen eröffnet und andererseits Zukunftsfelder gesichert und erschlossen werden. Wir müssen die Unternehmen in die Lage versetzen, mehr zu investieren, innovativ zu sein und Arbeitskräfte einzustellen. Die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes muss dringend erhöht werden.

„Mit unseren Konzepten würde das Land deutlich besser dastehen“

– Ist die Union für eine kurzfristige Regierungsübernahme gut aufgestellt?

Als größte Oppositionspartei stehen wir selbstverständlich jederzeit bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Mit unseren Konzepten würde das Land deutlich besser dastehen. Ich erinnere etwa an den vergangenen Spätsommer: Unser Papier für eine Gaspreisbremse lag da schon auf dem Tisch, als die Ampel-Regierung noch wertvolle Zeit mit der vermurksten Gas-Umlage von Wirtschaftsminister Habeck verplempert hat.

– Die Energiekrise hat vielen Unternehmen nach der Pandemie ein zweites Mal richtig ins Kontor geschlagen. Die Ampel geht mit der Gießkanne umher, aber der Wirtschaft, die schon lange unter den mit höchsten Energiepreisen der Welt leidet, hilft das wenig.

– Die Steuerbelastung für Personengesellschaften ist in Deutschland mit am höchsten. Die Bundesregierung hat zwar mit dem Optionsmodell eine rechtsformneutrale Besteuerung auf den Weg gebracht, aber mit Einzelunternehmen wie Gesellschaften bürgerlichen Rechts einen großen Anwenderkreis ausgeschlossen. Würden Sie die Wirtschaft entlasten? Und wenn ja, wie?

Die Folgen der Pandemie wirken nach, und die geopolitische Lage setzt uns allen zu. Gerade jetzt wäre es wichtig, mit einer wahren Turboabschreibung einen Wachstumsimpuls zu setzen. Dazu sollten Unternehmen die Möglichkeit erhalten, alle beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens noch stärker abschreiben zu können, als dies mit der bestehenden degressiven Abschreibung möglich ist. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Wagniskapital im Steuerrecht endlich



Foto: Tobias Koch

„Gerade jetzt wäre es wichtig, mit einer wahren Turboabschreibung einen Wachstumsimpuls zu setzen.“

verbessert werden, um bei Forschung, Entwicklung und Innovation voranzukommen. Ganz grundsätzlich: Ertragsteuern, Verbrauchsteuern und Substanzsteuern müssen konsequent auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit getrimmt werden.

–Die Ampelkoalition arbeitet an immer neuen bürokratischen Belastungen für die Wirtschaft. Stichwort Lieferkettengesetz. Wie würde die Union mit dem Thema umgehen?

Wir haben im Dezember einen Antrag mit dem Ziel in den Bundestag eingebracht, den Start des Gesetzes um zwei Jahre zu verschieben. Bis dahin würden wir an den Grundlagen für eine möglichst bürokratiearme praktische Umsetzung des Gesetzes arbeiten. Jetzt ist schlicht nicht die Zeit, Unternehmen zusätzlich zu belasten.

–Die großen Zukunftsthemen heißen Klimaneutralität und Digitalisierung. Was hat die Union hier in petto? Steht sie für weitere Zukunftsthemen?

Ohne Klimaschutz mit dem Ziel der Klimaneutralität bleibt unsere Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig. Umgekehrt gibt es aber auch keinen nachhaltigen Klimaschutz ohne eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Das verkennen die Grünen mit ihrem Askese-Überbietungswettbewerb. Wir setzen deshalb auf Wettbewerb und marktwirtschaftliche Anreize, statt einseitig auf Verbote und übermäßige Regulierung.

–Bundesbauministerin Klara Geywitz hat jüngst verkündet, dass sie es auch in diesem Jahr nicht schaffen wird, 400.000 neue Wohnungen fertigzustellen. De facto werden es immer weniger, 2022 waren es gerade 250.000. Was würde die Union tun, um den dringend notwendigen Wohnraum zu schaffen?

Bauen, bauen, bauen! Immer höhere Baustandards und ständig neue Eingriffe der Ampel-Regierung stellen die Wirtschaftlichkeit des Bauens infrage. Wir stemmen uns gegen die Baukostenexplosion, indem wir kostentreibende bauliche und genehmigungsrechtliche Anforderungen senken und steuerliche Entlastungen prüfen. Um insbesondere Familien zu den eigenen vier Wänden zu verhelfen, fordern wir einen signifikanten Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer.

–Deutschland braucht mittlerweile nicht nur dringend Fachkräfte, sondern jetzt auch schon Arbeitskräfte in allen Bereichen von der Gastronomie bis zum Gesundheitswesen. Ihr Rezept?

Die Einwanderung von Fachkräften ist in unserem Sinne. Im Niedriglohnsektor müssen wir aber vor allen Dingen das heimische Arbeitskräftepotential besser aktivieren. Wir haben rund 2,4 Millionen Arbeitslose, von denen bestimmt die Hälfte sofort im Arbeitsmarkt unterzubringen wäre. Dafür müssen aber die richtigen Anreize geschaffen werden. Das Bürgergeld etwa geht genau in die falsche Richtung.

–Wie beurteilen Sie die Migrationspolitik der Bundesregierung?

Wir sind auf einem Irrweg unterwegs, für den es im übrigen Europa wenig Verständnis gibt. Die Bundesregierung verwischt die Grenzen des Migrationsrechts und unterscheidet nicht sauber zwischen geregelter und qualifizierter Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, humanitärem Asyl und illegaler Einwanderung. Für die letztgenannte Gruppe sind wir aufgrund umfangreicher Sozialleistungen und einer dysfunktionalen Rückführungspraxis leider besonders attraktiv. Im Bereich des humanitären Asyls sind die Kapazitätsgrenzen und Grenzen unserer Integrationskraft zunehmend erreicht. Im Gegensatz zu allen anderen EU-Staaten setzt die Ampel hier keinerlei Stopp-Signale. Auf der anderen Seite dürften für viele hochqualifizierte Zuwanderer die bürokratischen Hürden und die hohe Steuer- und Abgabenlast in Deutschland abschreckend wirken. Die Ampel bleibt leider vernünftige Antworten schuldig. □

Neue Perspektiven für die junge Generation

Die Generationengerechtigkeit hat in den vergangenen Jahren stark gelitten. Junge Menschen sind überfordert von den hohen Sozialabgaben und einer ausufernden Staatsverschuldung. Eine eigene Immobilie können sich junge Familien kaum mehr leisten. Das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft muss dringend erneuert werden. Der Königsweg dorthin führt über sinkende Steuern und Abgaben.



Text: **Peter Hahne**

Wohlstand für alle: Nach dem Zweiten Weltkrieg stand dieses Aufstiegsversprechen im Mittelpunkt, als Ludwig Erhard den Charme und die breite Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft begründete. Das Wirtschaftswunder kam, mit ihm der Wohlstand und die soziale Stabilität in der damals noch jungen Bundesrepublik. „Die Soziale Marktwirtschaft steht für die gelungene Verbindung von wirtschaftlicher Effizienz mit sozialem Ausgleich“, erinnert Sarah Necker vom Münchener ifo Institut. Das Ordnungsmodell ist seit Jahrzehnten äußerst erfolgreich und weltweit anerkannt, alle Parteien des Bundestags bekennen sich grundsätzlich zur Sozialen Marktwirtschaft.

Umso erstaunlicher ist vor diesem Hintergrund, dass sich die Politik nach 75 erfolgreichen Jahren immer weiter vom Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft entfernt. Marktwirtschaftliche Ordnungspolitik hat immer weniger Fürsprecher im Bundestag und in den Ministerien. Von Politikern formulierte Aufstiegsversprechen klingen in der heutigen Zeit seltsam hohl für die meisten Normalbürger. Hinzu kommen die Krisen, bei denen auch nicht auf marktwirtschaftliche Lösungen gesetzt wurde. Zuerst Corona, jetzt Inflation, Krieg und Energieknappheit – ein multiples Krisengeschehen prägt unsere Zeit und nagt zusätzlich am Wohlstand der Menschen. Die Politik findet keine Antworten. Es ist vor allem die

jüngere Generation, die sich ihrer Zukunftschancen beraubt sieht. Zu Recht. Von Generationengerechtigkeit sieht man wenig, die Bundesregierung hat gerade den jungen Menschen kaum mehr glaubhafte Zukunftsperspektiven zu bieten. Deshalb ist es nach Auffassung des Wirtschaftsrates höchste Zeit für einen Kurswechsel, für eine mutige Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Deutsche verzichten auf Wohneigentum

Beispiel Eigenheim: Stattliche 93 Prozent der 18- bis 25-Jährigen träumen von einer eigenen Immobilie, berichtet die Friedrich-Naumann-Stiftung. 70 Prozent der Mieter würden lieber in ihren eigenen vier Wänden leben. Der Wunsch nach Wohneigentum ist in den vergangenen Jahren sogar stetig gewachsen. Doch ist er noch realistisch? Für die meisten nicht, hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) mit einer Studie für die Deutsche Reihenhaus AG herausgefunden. „Der Anteil des erschwinglichen Wohnraums hat sich 2022 deutlich reduziert, und zwar für alle Einkommensklassen“, so die Quintessenz der Untersuchung. „Selbst für finanzstarke Kaufinteressenten hat sich das Angebot an bezahlbarem Wohneigentum merklich verkleinert.“ Die Gründe sind bekannt: Explodierende Baukosten; eine extrem hohe Inflationsrate, die die verfügbaren Einkommen schmälert; die Hypothekenzinsen haben sich seit der Zinswende verdreifacht; und schließlich langt der Staat bei der Grunderwerbsteuer wei-

ter ungeniert zu und profitiert damit vom Preisboom, anstatt überforderte Käufer zumindest an dieser Stelle etwas zu entlasten. Eine Zahl reicht im Grunde aus, um die Misere am Wohnungsmarkt für junge Familien und Normalverdiener zu skizzieren: Die Kaufpreise für Wohneigentum in Deutschland sind zwischen Januar 2018 und Mai 2022 um rund 55 Prozent gestiegen, rechnet das IW vor. Zwar hat sich die Lage an der Preisfront zuletzt leicht entspannt; doch das ist für die meisten nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Immobilien bleiben unerschwinglich

Nur jeder Zweite verfügt in Deutschland über Wohneigentum. „Damit liegt die Bundesrepublik europaweit auf dem vorletzten Platz“, kritisiert der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger. „Über lange Jahrzehnte hinweg war es üblich, dass sich ein Maurer, Dachdecker oder Fliesenleger im mittleren Alter sein Eigenheim leisten konnte. Die Aufstiegsmöglichkeiten für die fleißige Mitte der Gesellschaft werden heute ausgehöhlt, sei es durch eine überbordende Steuer- und Abgabenlast, galoppierende Geldentwertung oder zahlreiche bürokratische Hürden beim Vermögensaufbau“, hält Steiger fest. Jede Krise bietet jedoch auch die Chance für einen Neuanfang. Zieht man Ludwig Erhard zu Rate, ist die Richtung klar: Die Wirtschaftspolitik muss den Kapitalaufbau der Bürger unterstützen – und diese so in die Lage versetzen, in Aktien und Immobilien investieren zu können, um sich mit renditestarken Anlageformen selbst ein – zumindest bescheidenes – Vermögen aufzubauen. Der Wirtschaftsrat schlägt deshalb vor, der Sozialen Marktwirtschaft zur Renaissance zu verhelfen, frei nach dem Motto: „Wenn Du fleißig bist und dich anstrengst, kannst du mit deiner Familie einen kleinen Wohlstand aufbauen.“

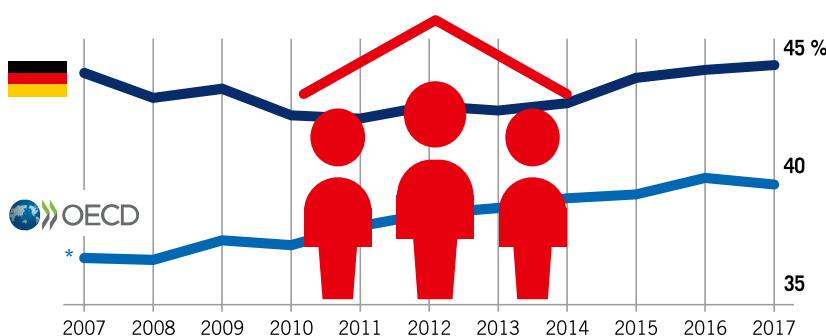
Schulden auf Rekordniveau

Um hierfür den nötigen Freiraum zu schaffen, muss sich der Staat zurücknehmen und die Steuer- und Abgabenlast senken. „Deutschland braucht ein Steuersystem, das den Bedürfnis-

Über dem OECD-Durchschnitt: Größter Anteil des deutschen Staatsbudgets für soziale Sicherung

in Prozent

*17 OECD-Länder



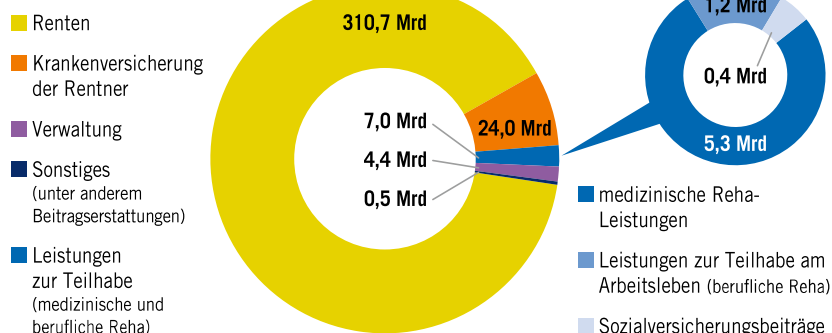
sen der Bürger und gleichzeitig den Unternehmen entgegenkommt“, unterstreicht das ifo Institut. Der Bund der Steuerzahler (BdSt) fordert, dass sich der Staat auf seine wichtigsten Aufgaben beschränken sollte. „Die deutsche Staatsverschuldung steigt derzeit von Rekord zu Rekord“, bemängelt der BdSt. Insbesondere die steigenden Zinsverpflichtungen werden in den kommenden Jahren zum Problem. Der Spielraum für Entlastungen bei Steuern und Abgaben sinkt, wenn nicht gespart wird. Hinzu kommen die Sondervermögen für die Bundeswehr – 100 Milliarden Euro – sowie der Klima- und Transformationsfonds – 200 Milliarden Euro. Am Ende sind Sondervermögen auch nur zusätzliche Schulden, mit denen wir weder das Klima retten, noch Generationengerechtigkeit schaffen.

Das IW Köln erinnert daran, dass die offen ausgewiesene Staatsverschuldung noch vergleichsweise gering

Ausgaben in der Rentenversicherung im Jahr 2021

in Milliarden Euro

346,5* Milliarden Euro insgesamt *Summendifferenzen entstehen durch Rundungen



Quelle: Deutsche Rentenversicherung

ausfällt, wenn man die impliziten Verbindlichkeiten berücksichtigt, die sich in den Sozialversicherungssystemen als Zahlungsverpflichtungen an die kommenden Generationen aufstürmen. Allein zwischen 2025 und 2035 wird die Anzahl der Menschen im Erwerbsalter um mehr als sechs Millionen zurück-

gehen. Während 1960 noch sechs Erwerbstätige einen Rentner finanzierten, sind es heute nur noch zwei. Ab Mitte des Jahrzehnts gehen die Babyboomer in den Ruhestand, die gesetzliche Rentenversicherung muss deshalb noch in dieser Legislaturperiode reformiert werden. „Wegen des demografischen

In unserem Onlinemagazin **bauwerk**
teilen wir mehrmals im Jahr
interessante Themen aus
der Welt des Bauens.



Jetzt QR-Code
scannen und
bauwerk lesen!

bauwerk
ONLINEMAGAZIN

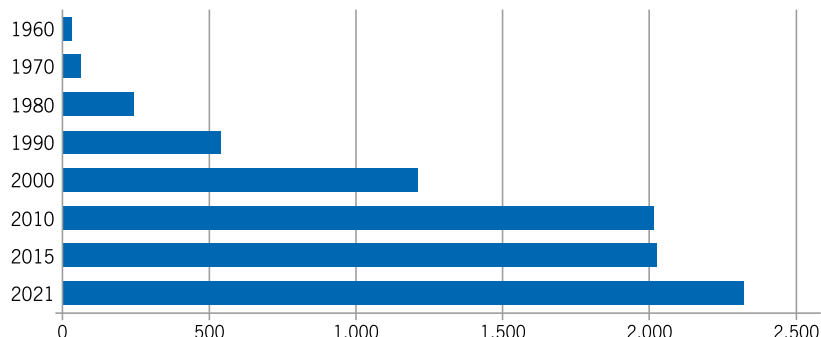


CEMEX

So stark ist die Staatsverschuldung in den letzten 60 Jahren gestiegen in Mrd. Euro

Weiter steigende Zinsen werden die Schuldenlast gegenüber 2021 mit mehr als vier Milliarden Euro Zinsen netto deutlich verteuern.

Quelle: Bund der Steuerzahler e.V.



Wandels werden die Ausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege drastisch steigen und sind dann mit den heutigen Beitragssätzen nicht mehr zu finanzieren. Die Tilgung dieser impliziten Schulden lastet vor allem auf den Schultern der jüngeren Beitrags- und Steuerzahler“, kritisiert das IW.

Forscher haben zudem in Generationen-Analysen nachgewiesen, dass Staatsverschuldung zu einer Umverteilung zwischen Alt und Jung führt – schon deshalb, weil die ältere Generation kaum Interesse an der Rückzahlung ihrer eigenen Schulden hat, sondern das lieber der nächsten Generation überlässt. Der CDU-Vorsitzende und Fraktionschef im Bundestag, Friedrich Merz, ist ebenfalls nicht mit einem

weiteren Marsch in den Schuldenstaat einverstanden. „Die Verschuldung unseres Landes steigt dramatisch. Und das wird Folgen haben – vor allem für die junge Generation“, warnt Merz. „547 Milliarden Euro neue Schulden und Kreditemächtigungen in einem Jahr, das hat es noch nie gegeben.“

Steuern und Abgaben zu hoch

Aber nicht nur die Schulden steigen. Auch Steuern und Abgaben klettern auf neue Rekordniveaus. Laut OECD musste ein unverheirateter Single ohne Kinder 2020 im Schnitt 39 Prozent seines Gehalts an den Fiskus abführen (OECD-Durchschnitt: 25 Prozent). Mit 83 Prozent der Steuerlast schultern Mittel- und Oberschicht

in Deutschland den Löwenanteil der Abgaben. Aber zu einer vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags, einer Absenkung der Einkommensschwelle für den Spitzensteuersatz oder etwa zu einem automatischen Inflationsausgleich kann sich die Bundesregierung nicht durchringen.

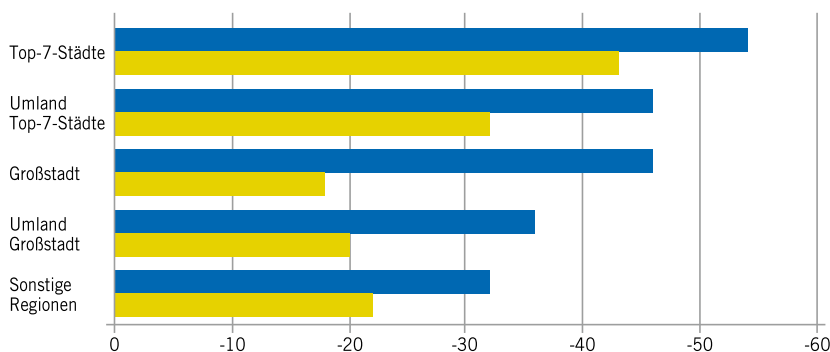
Blickt man auf die Sozialausgaben, sieht es nicht besser für die arbeitende Bevölkerung aus. Lagen die Sozialversicherungsbeiträge bis 1960 noch unter 25 Prozent, sind heute 40 Prozent des Bruttogehalts für Rente, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosenversicherung fällig. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium rechnet durch die Babyboomer bis in die 2040er-Jahre ohne Reformen mit einem weiteren deutlichen Anstieg – auf mehr als 50 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. „Umso wichtiger ist Sparsamkeit bei der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme“, betont Generalsekretär Steiger. Hinzu kommen Sozialausgaben von mehr als einer Billion Euro im Jahr, die inzwischen fast ein Drittel vom Bruttoinlandsprodukt beanspruchen. „Die enormen Sozialausgaben sind der entscheidende Hebel für mehr Sparsamkeit in den Etats von Bund, Ländern und Kommunen“, so Steiger. Mit mehr Sparsamkeit entstünde Raum für eine Entlastung bei den Unternehmenssteuern, für eine Abschaffung des Soli oder etwa eine Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer. Oder – aktuell besonders wichtig – für eine Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau.

Immobilien: In Deutschlands Großstädten oft unerschwinglich in Prozent

Annahmen: Die Haushalte finanzieren 80 Prozent des Kaufpreises und tilgen das Darlehen innerhalb von 25 Jahren. Außerdem wenden die Haushalte höchstens 30 Prozent ihres Einkommens für die Zins- und Tilgungszahlungen auf.

Top-7-Städte: Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München, Stuttgart

- Häuser: Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser
- Eigentumswohnungen: mit mindestens drei Zimmern



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Value AG, Institut der deutschen Wirtschaft

Aufstiegsversprechen erneuern

Das wäre ein guter Ansatz, um dem Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft in der heutigen Zeit wieder Geltung und Glaubwürdigkeit zu verschaffen. „Eine Linderung der Steuer- und Abgabenlast, eine stärker aktivierende Beschäftigungspolitik und eine Dämpfung der Geldentwertung sind entscheidende Säulen, damit breite Bevölkerungsschichten Aufstieg und Eigentumbildung realisieren können“, unterstreicht Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates. Zugleich müssen die Rahmenbedingun-

gen für den Erwerb von Aktien und Immobilien verbessert werden. Denn beide sind auf lange Sicht besonders renditeträchtige Anlageformen. Die Mehrheit der Bundesbürger hat hier erheblichen Nachholbedarf. Bei den allermeisten Deutschen wächst das Vermögen vor allem durch Sparanstrengungen, aber kaum durch Kapitaleinkünfte. Die Deutschen arbeiten für ihr Geld, statt Geld für sich arbeiten zu lassen. Das spiegelt sich im Netto-Geldvermögen wider. Mit durchschnittlich 62.000 Euro pro Kopf belegt die Bundesrepublik nur Platz 18 unter vergleichbaren Industrienationen, wie der Allianz Global Wealth Report ausweist. Schweden, Dänen und Niederländer verfügen pro Kopf über ein mehr als doppelt so hohes Geldvermögen wie die Deutschen, das der Schweizer und der US-Amerikaner ist fast viermal so hoch.

Fleißige Sparer, schlechte Rendite

Auf den ersten Blick erscheint das erstaunlich, die Sparquote der Deut-

Die Schuldenuhr Deutschlands

in Euro



Quelle: Bund der Steuerzahler

schen ist bekanntlich hoch. Laut Allianz liegt es indes an den Renditen; Finnen und Niederländer beispielsweise realisieren mit ihren Geldanlagen rund doppelt so hohe Renditen wie die Deutschen. Der Rückstand liegt vor allem an der geringen Aktienquote, aber auch der – oft ungewollte – Verzicht auf die eigene Immobilie war in den letzten Jahren ein Renditekiller. Immerhin: Es gibt auch gute Nachrichten. Noch nie gab es so viele Aktionäre in Deutschland, meldet das Deutsche Aktieninstitut (DAI). Fast 13 Millionen Menschen haben 2022 Geld in Aktien, Fonds

oder ETFs investiert. Vor allem junge Menschen kaufen Aktien, viele für ihre Altersvorsorge, viele aber auch, weil sie sich teure Immobilien nicht leisten können. Das zeigt: Der Wille, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, ist da bei der jungen Generation. Man muss sie nur lassen – und die passenden politischen Rahmenbedingungen für ein finanziell selbstbestimmtes Leben schaffen. Gelingt es der Bundesregierung dann noch, mit einem technologieoffenen Ansatz dem Klimawandel zu begegnen, kann die Zukunft kommen – auch für junge Menschen. □

Qualität erleben!

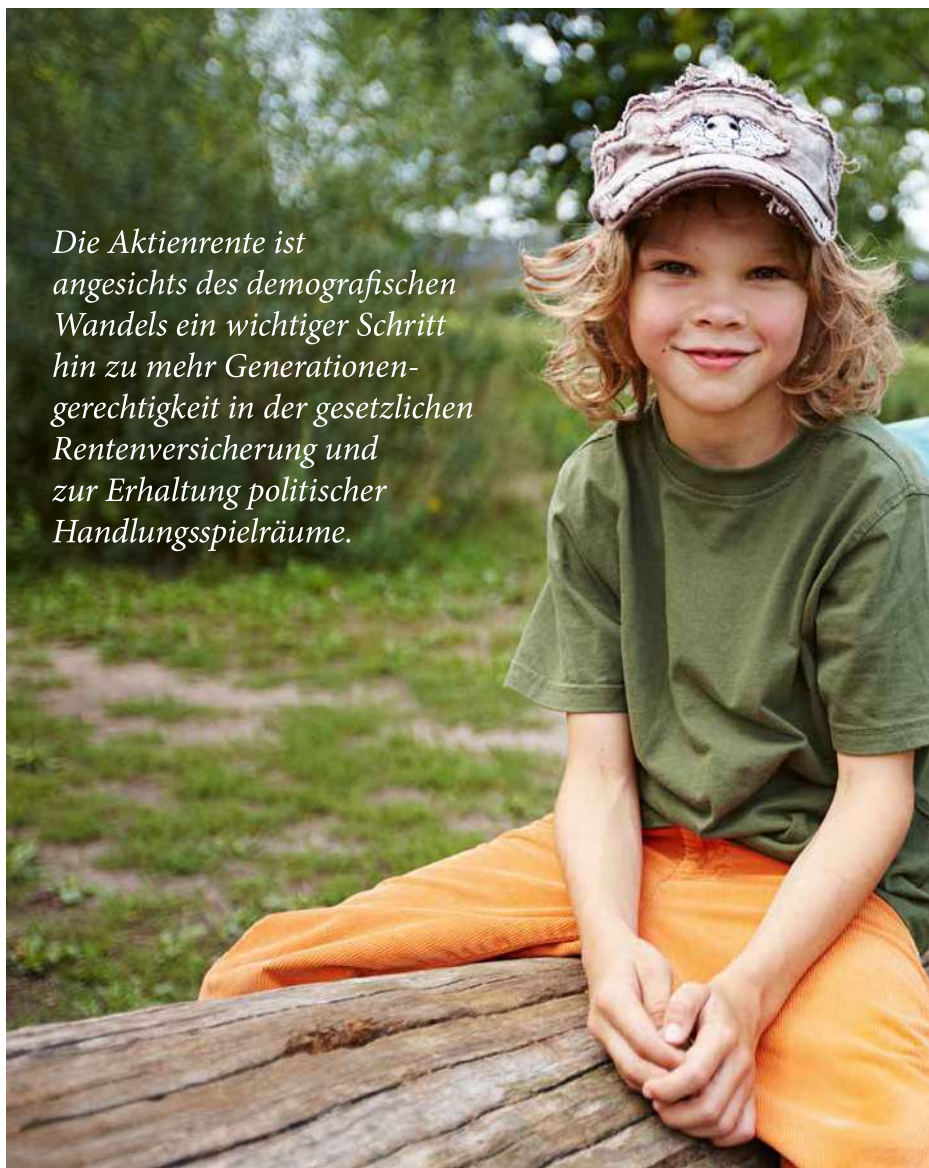
Lokale Expertise – globale Reichweite: Mit 19 Niederlassungen, rund 75 Partnern und 900 Mitarbeitern sind wir eine der führenden Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften. Dank unserer allgemeinen Branchenerfahrung und unseres Spezial-Know-hows zählen wir zu Deutschlands Top-Kanzleien. Ein Anspruch, den wir täglich mit Leben füllen.

RSM: Fokus auf den Mittelstand – national und international.

www.rsm.de

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist für viele Bürger wesentliches Element zur Erhaltung des Lebensstandards im Ruhestand. Dass diese tragende Säule vor großen Herausforderungen steht, ist eine Binsenweisheit. Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Altersvorsorge werden seit jeher diskutiert, doch an weitreichende Veränderungen hat die Politik der vergangenen Jahre sich nicht herangetraut. Mit der Grundrente, der Rente mit 63 oder der Mütterrente hat sie die finanzielle Schieflage der gesetzlichen Rentenversicherung im Gegenteil noch weiter verschärft, statt Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Daher liegt der Bundeszuschuss aus Steuergeldern zur Rentenversicherung mittlerweile schon bei über 100 Milliarden Euro jährlich. Dieser Zuschuss, der schon seit Jahren die größte Ausgabenposition des Bundeshaushaltes bildet, wird in den kommenden vier Jahren noch weiter auf voraussichtlich knapp 130 Milliarden Euro steigen müssen. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung uns immer mehr politischen

Die Aktienrente ist angesichts des demografischen Wandels ein wichtiger Schritt hin zu mehr Generationengerechtigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Erhaltung politischer Handlungsspielräume.



Generationengere



Foto: BMF

Dr. Florian Toncar

Parlamentarischer
Staatssekretär beim
Bundesminister der Finanzen

*„Wir stellen sicher,
dass das Generationenkapital
nicht für andere politische
Ziele zweckentfremdet wird.“*

Handlungsspielraum in anderen Bereichen nehmen und Arbeitnehmer werden durch steigende Rentenbeiträge immer weniger von ihrem Gehalt übrig haben. Gleichzeitig wird das Rentenniveau sinken oder bestenfalls stagnieren. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die jetzt und in Zukunft die umlagefinanzierte Rentenversicherung am Laufen halten müssen, dass wir diese Entwicklung durchbrechen.

Aus diesem Grund leiten wir jetzt einen Paradigmenwechsel ein. Wir steigen in diesem Jahr in die unterstützende Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung ein und

nutzen dafür die Leistungsfähigkeit der internationalen Finanzmärkte. Zu diesem Zweck gründen wir die „Stiftung Generationenkapital“, welche die Aufgabe bekommen wird, Geld an den Kapitalmärkten anzulegen, damit Vermögen aufzubauen und aus dessen Erträgen langfristig die Rentenbeiträge zu stabilisieren. Den Anfang machen wir in diesem Jahr mit einem Startkapital von zehn Milliarden Euro aus Bundesmitteln, die wir bereits im Bundeshaushalt 2023 vorgesehen haben. Doch dabei wird es natürlich nicht bleiben. Wir planen im Finanzministerium, den Kapitalstock jedes Jahr weiter zu erhöhen, etwa durch



Foto: AdobeStock©Christian Schwieler

schiedene Asset-Klassen hinweg, werden Risiken minimiert und die Renditechancen der Kapitalmärkte optimal genutzt. Außerdem stellen wir sicher, dass das Generationenkapital nicht für andere politische Ziele zweckentfremdet wird: Als Stiftung öffentlichen Rechts wird die Stiftung frei von politischem Einfluss sein. Das Stiftungsvermögen und seine Erträge unterliegen einer strikten Zweckbindung und auch die Anlageentscheidungen werden nicht von Politikern getroffen. Die Verwaltung des Stiftungsvermögens wird zunächst der „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“ übernehmen. Dieser besitzt jahrelange Erfahrung darin, im Auftrag des Bundes Vermögen langfristig und global diversifiziert anzulegen. Diese Expertise werden wir uns nun auch für die Stabilisierung der gesetzlichen Rente zunutze machen.

Diese Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Stiftung Generationenkapital ist ein überfälliger Schritt hin zu einer zukunfts-festen Altersvorsorge, der alleine aber nicht ausreichen wird. Wir müssen weiterhin die Erwerbsbeteiligung erhöhen, indem wir beispielsweise die

chtigkeit im Blick

Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt, zusätzliche Darlehen oder die Nutzung nicht mehr benötigter staatlicher Unternehmensbeteiligungen. Die letztendliche Entscheidung darüber muss jedes Jahr der Bundestag als Haushaltsgesetzgeber treffen. Wichtig ist, dass wir jetzt damit anfangen, denn die Probleme der Rentenversicherung werden mit der Zeit nicht kleiner. Unsere Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gebietet es uns, jetzt zu handeln.

Die Erträge aus dem Stiftungskapital werden zunächst reinvestiert, so dass der Kapitalstock möglichst rasch eine Größe erreicht, mit der er nach-

haltig zur Stabilisierung der Rentenversicherung beitragen kann. Dazu dürfte ein dreistelliger Milliardenbetrag nötig sein. Frühestens ab Mitte der 2030er-Jahre wird die Stiftung dann ihre Überschüsse an die Rentenversicherung ausschütten. Der eigentliche Kapitalstock soll dabei nicht angetastet werden.

Um einen möglichst großen Beitrag zur Konsolidierung der gesetzlichen Rentenversicherung leisten zu können, wird die Stiftung Generationenkapital ihre Mittel global diversifiziert, langfristig und unabhängig anlegen. Durch eine breite Streuung der Anlagen, international und über ver-

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und qualifizierte Einwanderung fördern. Außerdem müssen wir auch die betriebliche und die private Altersvorsorge stärken. Zur Reform der betrieblichen Altersvorsorge haben wir uns in der Koalition unter anderem vorgenommen, Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen zu ermöglichen. Außerdem hat die Bundesregierung eine Fokusgruppe zur Stärkung der privaten Altersvorsorge eingerichtet. Diese erarbeitet bis zum Sommer konkrete Vorschläge, um die private Altersvorsorge attraktiver zu machen und ihre Verbreitung zu steigern. □

Unser Wohlstandsversprechen basiert auf Leistung

Breit verteilter Wohlstand hat Deutschland stark gemacht und Zusammenhalt gestiftet. Doch es wäre ein großer Fehler, Wohlstand für alle nur als staatlichen Verteilungsauftrag zu sehen.

Das wirtschaftspolitische Versprechen der CDU heißt gestern, heute und morgen: Wohlstand für alle. Dafür arbeiten wir. In einer Zeit der multiplen Krisen ist dieses Versprechen keine Selbstverständlichkeit, sondern eine große Herausforderung. Gerade deshalb müssen wir es neu geben.

Breit verteilter Wohlstand hat unser Land stark gemacht und Zusammenhalt gestiftet. Doch es wäre ein großer Fehler, Wohlstand für alle nur als staatlichen Verteilungsauftrag zu sehen.

Wenn der Staat die wirtschaftliche Entwicklung ignoriert und mit immer neuen Schulden eine Wohlstandsillusion aufrecht hält, während immer weniger Mehrwert geschaffen wird, ist das fatal. So wird Wohlstand zerstört.

Wohlstand muss immer neu erwirtschaftet werden. Und selbstbestimmte Bürger, mit ihrer Tat- und Schaffenskraft, werden immer ein stärkerer Motor sein als der Staat. Deshalb kann das Wohlstandsversprechen nicht als staatliche Garantie gegeben werden, sondern muss ein Chancen-Versprechen sein: Wer mit anpackt, wird an unserem Wohlstand teilhaben können. Das Vertrauen, dass es der nächsten Generation (noch) besser gehen wird, gilt es auf diese Weise zu bewahren und zu erneuern.

Die Aufgabe des Staates ist also sicherzustellen, dass Leistung erbracht werden kann und sich diese Leistung lohnt. Das Wohlstandsversprechen ist somit vor allem ein Leistungsversprechen. Wer arbeiten will, soll für guten Lohn arbeiten können. Wer Verantwortung übernimmt in einem Unternehmen, soll etwas davon haben. Wer Risiken auf sich nimmt, ein Unternehmen gründet und investiert, muss davon profitieren. Wo echter Mehrwert geschaffen wird, darf der individuelle Verdienst nicht von immer höheren Steuern aufgefressen werden. Und der kollektive Zugewinn darf nicht postwendend ins Ausland verschwinden. Der soziale Aufstieg zwischen den Generationen muss dabei wieder stärker erfahrbar werden, gerade für Kinder

und Jugendliche aus prekären Familienverhältnissen.

Was also sind die konkreten Schritte zu einem neuen Wohlstandsversprechen? Der erste Schritt ist, die aktuellen Herausforderungen zu stemmen. Wir müssen wieder echte angebotsorientierte Standortpolitik machen. Der Standort Deutschland braucht verlässliche Lieferketten sowie sichere und günstige Energie. Hier ist der Staat gefragt: Wir brauchen eine Handelspolitik, die mit sicherheitspolitischen und geostrategischen Überlegungen verschränkt ist, statt ihnen entgegenzustehen, so dass Handelsverflechtungen kein Standortrisiko sind. Wir brauchen eine Energiepolitik ohne ideologische Scheuklappen und endlose Genehmigungsverfahren – stattdessen muss für den Übergang alles ans Netz, was Strom produzieren kann.

Der zweite Schritt ist, in vielen anderen Bereichen den Kräften von Markt und Selbstbestimmung weniger im Weg zu stehen. Das gilt allen voran auf dem Arbeitsmarkt: Viele Normen und Gesetze stammen noch aus einer vergangenen Zeit – und machen den deutschen Arbeitsmarkt unflexibel und damit ungeeignet für moderne Unternehmen. Der Blick in den internationalen Vergleich zeigt: Wo es Flexibilität gibt, finden wichtige



Jens Spahn MdB

Mitglied des Präsidiums
CDU Deutschlands

„Wohlstand muss immer neu erwirtschaftet werden.“



Aufgaben und qualifizierte Fachkräfte besser zusammen, Produktivität, Effizienz und Zufriedenheit steigen. Dafür brauchen Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen freiere Hand bei Karriere- und Personalentscheidungen. Damit das gelingen kann, müssen wir die Axt an den Vorschriftendschub anlegen. Und damit ein flexibler Arbeitsmarkt nicht zu sozialen Schieflagen führt, müssen wir diese Erneuerung mit einem leistungsgerechten und leistungsorientierten Sozialsystem flankieren, in dem arbeitsbereite und motivierte Menschen gefördert und unterstützt werden, statt als Leistungsverweigerer abgestempelt und dauerhaft alimentiert zu werden. So werden unser Arbeitsmarkt und unser Sozialsystem zu einem Standortvorteil.

Auch in der Unternehmensgründung und -führung steht der Staat den

Bürgern zu häufig im Weg. Zwischen bürokratischen Anforderungen und steuerlichen Lasten droht der reiche, starke, theoretisch so leistungsfähige deutsche Staat zu einem Standortnachteil zu werden. Statt auf der einen Seite immer kompliziertere und unzuverlässigere Förderprogramme einzuführen, die auf der anderen Seite mit immer höheren Steuern finanziert werden, wäre mehr staatliche Bescheidenheit angezeigt. Verschwenderische Ausgaben bedeuten hohe staatliche Belastung und wenig individuelle Freiheit – ob heute durch Schulden oder morgen durch Steuererhöhungen. Deswegen ist solide Haushaltsführung auch ein wirtschaftspolitisches Gebot.

Die zahlreichen Krisen der letzten Jahre haben eines gemein: Der Staat musste als starker Akteur auftreten, der beherzt eingreift und Sicherheit vermittelt. Die Gefahr liegt darin, dass

dieses Krisenhandeln zu einem dauerhaften Zustand wird. Damit übernimmt sich der Staat. Er hat zwar so viel Geld, Personal und Befugnisse wie nie, doch in seiner Performance schlägt sich das nicht nieder. Der Staat wird in künftigen Krisen nur effektiv handeln können, wenn er zwischenzeitlich in den Normalmodus zurückkehrt.

Der letzte, und vielleicht wichtigste Schritt ist deshalb, das staatliche Selbstverständnis wieder neu zu justieren. Zu einem glaubhaften Wohlstandsversprechen gehört der Mut zuzugeben, dass der Staat nicht allmächtig ist. Wohlstand für alle und der feste Glaube, dass es unseren Kindern einmal noch besser geht, wird es nur geben, wenn die Entfesselung der Tat- und Schaffenskraft der Bürger wieder im Fokus staatlichen Handelns steht. □



Foto: AdobeStock©Industrieblick

Zehn-Punkte-Plan für Deutschland

Präsidium und Bundesvorstand des Wirtschaftsrates schlagen der Politik zehn Punkte vor, um die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu verbessern.

Krise auf Krise stellen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa vor große Herausforderungen mit Energieknappheit, gerissenen Lieferketten und hoher Inflation sowie damit einhergehenden Leitzinserhöhungen. Die Krise birgt jedoch auch die Chance für eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik. Dies bedeutet für die Politik, wichtige Strukturreformen für mehr Wirtschaftswachstum vorzunehmen, damit krisengeschüttelte Unternehmen wieder Luft unter die Flügel bekommen. Vor allem aber gilt es, die industrielle Basis Deutschlands zu erhalten und besser noch wieder zu stärken.

Betriebe hierzulande stehen neben den aktuellen Krisen vor langfristigen strukturellen Problemen: Steigende Lohnzusatzkosten, enorme Steuerlasten, ein sich verschärfender Arbeits- und Fachkräftemangel, wachsende Bürokratie,

eine bröckelnde Infrastruktur und eine schleppende Digitalisierung sind nur die Spitze des Eisbergs. Der Begriff Industriepolitik droht einen grundlegenden Paradigmenwechsel zu erfahren. Eine bei Bundeswirtschaftsminister Habeck angesiedelte staatliche Planungskommission soll zukünftig darüber entscheiden, welche Industrie vor den durch eine planlose Politik in die Höhe getriebenen Energiepreisen gerettet wird und welche nicht. Sie soll darüber entscheiden, welche Unternehmen bei der teuren Transformation schwerindustrieller Prozesse unterstützt werden und welchen Unternehmen Lebewohl gesagt wird. Diese Planungskommission soll außerdem mindestens indirekt darüber entscheiden, welche Produkte in Deutschland noch hergestellt werden und welche nicht. Bei der Wahl zwischen Geländelimousinen und Lastenrädern dürfte die Entschei-

dung bereits feststehen. Bei alldem wird allerdings die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Es muss auch noch Kunden geben, die unsere Produkte im globalen Wettbewerb attraktiv finden. Der Staat maßt sich an, diese Entscheidungen besser treffen zu können als die Anbieter selbst. Die historische Erfahrung zeigt jedoch, dass er sich damit auf dem Holzweg befindet.

Der Markt ist der mit Abstand beste Mechanismus, um über einen Preis für Treibhausgase wirksamen und effizienten Klimaschutz zu erzielen. So kann das propagierte Ziel der „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie“ mit Hilfe des Marktes erreicht werden. Der Staat dagegen sollte sich darauf beschränken, etwa durch eine kluge Energiepolitik die Strom- und Gaspreise für die Industrie deutlich zu senken, die Bürokratie auf ein Mindestmaß zu begrenzen, die Infrastruktur zu modernisieren und die Digitalisierung voranzutreiben. Sinnvoll ist ganz grundsätzlich eine allgemeine Beschränkung staatlichen Handelns auf notwendige Eingriffe, dann sind auch klare Steuersenkungen und eine wirksame Begrenzung der Lohnzusatzkosten möglich. Der Staat sollte sich in der Wirtschaftspolitik auf die Aufgaben beschränken, die nur er ausführen kann: Regelsetzung und Regeldurchsetzung. Das Erwirtschaften von Gewinnen sollte er den Unternehmen überlassen, einschließlich der Entscheidung, wie sie das am besten technologisch lösen.

Diesem Kompass folgend sind in der Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik diese grundlegenden zehn politischen Weichenstellungen entscheidend, die Präsidium und Bundesvorstand des Wirtschaftsrates jüngst beschlossen haben:

1. Bezahlbare Energieversorgung sichern

Durch Putins Angriffskrieg ist die fatale Abhängigkeit Deutschlands von russischen Gaslieferungen deutlich geworden. Gas wird knapp und daher für Verbraucher und Industrie teuer, ebenso Strom, der bisher zu rund 16 Prozent aus Erdgas gewonnen wird, wenn auch in etwas geringerem Umfang. Die Industrie in Deutschland ist auf eine wettbewerbsfähige Energieversorgung angewiesen. Wir haben bereits seit Jahren die höchsten Strompreise unter allen Industrieländern, eine weitere Steigerung ist nicht tragbar. Hohe Energiepreise sind vor allem ein Symptom, das auf bestehende Knappheiten in der Strom- und Gasversorgung hinweist. Diese Knappheiten müssen beseitigt werden, ideologische Scheuklappen dürfen dabei keine Rolle spielen.

2. Wärmewende mit Augenmaß angehen

Der Wärmemarkt ist allein von der reinen Energiemenge her die größte Herausforderung im Bereich des Klimaschutzes. Aber auch die strukturell bedingte Schwerfälligkeit des Gebäudebestands ist eine Herausforderung: Die technische „Umschlaghäufigkeit“ von Immobilien ist um rund einen Faktor fünf geringer als die von Fahrzeugen. Mit der CO₂-Abgabe auf Heizöl und Erdgas im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes hat die Bundesregierung Anfang 2022 begonnen, die monetären Transformationsanreize zu verstärken.

Mit der Einführung eines verpflichtenden Anteils erneuerbarer Energien von 65 Prozent für neu eingebaute Wärmeerzeuger ab dem 1. Januar 2024 steht der Wärmemarkt vor tiefgreifenden Veränderungen. Die Bundesregierung plant einen jährlichen Zubau von 500.000 Wärmepumpen. Voraussetzung für ein Gelingen dieses Plans sind ein umfassender und teurer Ausbau der Stromverteilnetze und ein flächendeckendes Ausrollen intelligenter Zähler zur netzdienlichen Verbrauchssteuerung dieser Wärmepumpen und der Elektrofahrzeuge.

Zum heutigen Zeitpunkt steht außerdem in Zweifel, ob Industrie und Handwerk über ausreichende Kapazitäten verfügen, um ab Anfang 2024 alle sich durch die gesetzlichen Vorgaben ergebenden Produktionsstückzahlen und Sanierungs- und Installationsarbeiten auch zeitgerecht umsetzen zu können.

3. Rohstoffversorgung für die Industrie gewährleisten

Die wachsende Abhängigkeit beim Import von Seltenen Erden und anderen Rohstoffen stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Diese Abhängigkeit wird besonders bei der Fertigung von Schlüsseltechnologie-Produkten deutlich. Rohstoffe sind für den technologischen Fortschritt, industrielle Wertschöpfung und den Erhalt unseres Wohlstandes unabdingbar. In den kommenden Jahren wird die Rohstoffnachfrage in Deutschland steigen, besonders aufgrund der Energiewende.

4. Infrastrukturmodernisierung und Technologieoffenheit zur Basis einer nachhaltigen Mobilitätswende machen

Bereits seit einigen Jahren fokussiert sich die deutsche Automobilindustrie zunehmend auf die Elektromobilität. Diese Bemühungen haben mit der Entscheidung des EU-Ministerrates im Sommer 2022, ab 2035 keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen, zusätzlichen Auftrieb bekommen. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million E-Autos zuzulassen, wurde jedoch erst im Sommer 2022 erfüllt. Der Großteil der zugelassenen E-Autos ist jedoch als Dienstwagen oder in Gesellschaftsschichten mit höherem Einkommen auszumachen. Überdies kommt der Ausbau der Ladeinfrastruktur nur schleppend voran.

Durch die jüngste Verständigung in Brüssel auf die verstärkte Nutzung des Potenzials von E-Fuels und damit synthetischer Kraftstoffe dürfte die lange von den Grünen torpedierte Technologieoffenheit garantiert und diese vollkommen unnötige Debatte endlich beendet sein.

Auch beim Thema Verkehrsinfrastruktur hakt es. Deutschland braucht ein leistungsfähiges Verkehrsnetz aus Straßen, Schienen, Wasserwegen und Flughäfen. Die ideologische Bevorzugung einzelner Verkehrsträger ist dabei wenig zielführend. Nur ein in sich funktionierendes Verkehrssystem ermöglicht, dass sich Verkehrsträger optimal für kürzeste Wege miteinander verzahnen. Daneben sorgt eine leistungsfähige Infrastruktur für fließende Verkehre, weniger Staus und Emissionen und letztlich auch für einen sinkenden Energieeinsatz.



Foto: AdobeStock©Industrieblick

5. Arbeitskräftemangel bekämpfen

Trotz der Auswirkungen des Ukraine-Krieges ist der Arbeitskräftemangel allgegenwärtig und wird sich in den nächsten Jahren massiv verstärken. Etwa ab 2025 treten die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand: Allein zwischen 2025 und 2035 wird die Zahl der heutigen Bundesbürger im bisherigen Erwerbsalter um mehr als sechs Millionen zurückgehen. Gleichzeitig transformiert der digitale Wandel die Arbeitswelt – Stichwort „Arbeit 4.0“: Bis 2030 müssen 6,5 Millionen Beschäftigte auf ihren Arbeitsplätzen weitergebildet werden, vier Millionen Arbeitsplätze fallen weg.

Demographiebedingter Arbeitskräfterrückgang einerseits sowie eine unter anderem durch Digitalisierung ausgelöste höhere und veränderte Nachfrage nach Arbeitskräften andererseits treiben den Fach- und Arbeitskräftemangel: Bis 2030 werden in den Mangelberufen drei Millionen Fachkräfte fehlen, davon allein 1,1 Millionen im IT-Bereich. Doch bereits heute können mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen – 51 Prozent – laut aktuellem Fachkräftereport des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ihre offenen Stellen zumindest vorübergehend nicht besetzen. Bereits im dritten Quartal 2022 gab es 1,8 Millionen offene Stellen. Den Arbeitskräftemangel erleben wir überall, auch Ungelernte im Dienstleistungsbereich werden händeringend gesucht. Über Arbeitskräftengpässe klagen laut DIHK-Befragung beispielsweise 81 Prozent der Betriebe in der Sicherheitswirtschaft und 80 Prozent der Reinigungsdienste. 39 Prozent aller Dienstleistungsunternehmen geben an, auch Stellen für Personen ohne Ausbildung nicht besetzen zu können, in der Gastronomie sind dies sogar 68 Prozent.

6. Sozialabgabenlast abmildern

Mit den Beschlüssen der Ampelregierung überspringen die Lohnzusatzkosten 2023 die 40-Prozent-Marke. Dabei ist gerade angesichts der enormen Belastungen von Unternehmen wie Bürgern im Zuge des Ukrainekrieges eine nachhaltige Entlastung bei den Sozialabgaben umso wichtiger. Ohne Gegenmaßnahmen werden mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben die Sozialabgaben in eine Höhe schießen, die Erwerbstätige und Wirtschaft überfordert.

7. Wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen schaffen

Die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen bedeuten für deutsche Unternehmen gravierende Standortnachteile und für die Bevölkerung unverhältnismäßige Belastungen. Umso mehr empfiehlt der Wirtschaftsrat einen wachstumsorientierten Neustart in der Steuerpolitik. Es ist vordringlich, dass in der 20. Legislaturperiode Haushaltsmittel zu Gunsten einer großen Steuerreform umgeschichtet werden.

8. Mit Innovationen ein stärkeres Produktivitätswachstum erreichen

Technologien und Innovationen führen zu einem stärkeren Produktivitätswachstum, dieses wiederum zu einem raschen Potentialwachstum und einem tragfähigen Wohlstand auch für nachfolgende Generationen. Umso dringender stellen sich die Kernfragen: Wie können Innovationen das seit Jahren anhaltende schwächelnde Produktionspotential auf einen höheren Wachstumspfad führen? Wird die auf Hardware spezialisierte Wirtschaft Deutschlands künftig auch in einer digitalen Welt vorkommen? Wie kann ein

Wandel der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit ohne Disruption, sondern mit Innovation gestaltet werden?

Es braucht strukturelle Rahmenbedingungen, die Innovationen anreizen, Investitionen auslösen und ihre Diffusion zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft fördern. Technologien und Innovationen rücken auch in den Mittelpunkt der Geoökonomie beziehungsweise eines Systemwettbewerbs zwischen den USA und China. Hierbei steht unsere Innovationsführerschaft in zentralen Schlüsseltechnologien und Zukunftsindustrien im Fokus: die Künstliche Intelligenz, die Quantentechnologie oder das Cloud Computing und das Internet of Things.

9. Verwaltung digitalisieren, Investitionen beschleunigen

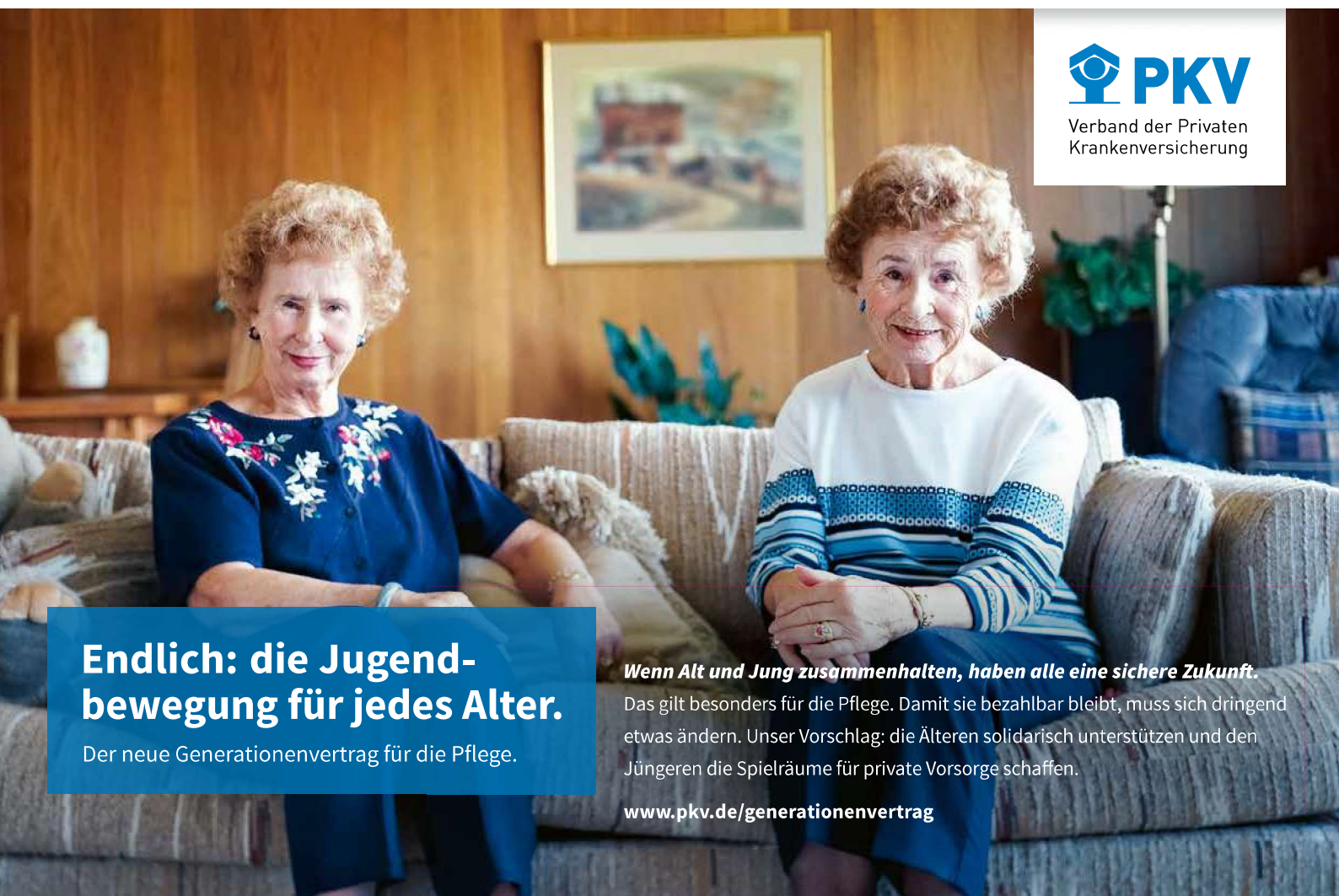
Wenn Staaten, Regionen, Städte und Gemeinden in einer globalisierten und digitalisierten Welt wettbewerbsfähig sein wollen, müssen sie auch die eigene „Verwaltung“ als Standortfaktor begreifen. Unter den Bedingungen knapper finanzieller Mittel und des demografischen Wandels bei steigenden Erwartungen von Unternehmen und Bürgern, muss sich die öffentliche Verwaltung als Wegbereiter von Innovation und Wachstum verstehen. Der öffentliche Sektor muss sich insofern stärker als vorausschauender Dienstleister betrachten, denn Bürger und Unternehmen wollen – egal, ob auf dem Land oder in der Stadt – von Be-

hörden genauso kompetent, schnell und personalisiert bedient werden, wie sie es aus vielen Bereichen der Privatwirtschaft gewohnt sind. Ein wettbewerbsfähiger Staat versteht die Menschen als Staatsbürger, Steuerzahler und Kunden; er denkt in Prozessen und Ergebnissen – nicht in Aufgaben und Zuständigkeiten.

10. Verteidigungsindustrielle Technologien und Innovationen „Made in Germany“ sichern

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 gibt es wieder Krieg in Europa. Europa und Deutschland müssen vor diesem Hintergrund handlungsfähiger werden und als starker Akteur einen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung tragen. Der wehrtechnischen Industrie in Deutschland kommt dabei eine strategische Schlüsselrolle innerhalb der EU und der NATO zu, denn sie verfügt über ein Höchstmaß an Qualität und Zuverlässigkeit. □

► Laden Sie hier den vollständigen Zehn-Punkte-Plan „Erfolgreich, innovativ, sicher – 10-Punkte-Agenda für den Industriestandort Deutschland“ von Präsidium und Bundesvorstand herunter.





Verband der Privaten
Krankenversicherung

Endlich: die Jugend- bewegung für jedes Alter.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag

So erschaffen wir die grüne Energiewelt von morgen!

2023 kann ein gutes Jahr für die Energiewende und den Klimaschutz in Deutschland und der EU werden. Denn aus der Energiekrise haben wir gelernt, dass Klimaschutz und Versorgungssicherheit nicht im Widerspruch zueinander stehen.

Jetzt, da die kritischste Phase der Energiekrise für diesen Winter überwunden scheint, müssen wir uns darauf konzentrieren, die grüne Symbiose aus Klimaschutz und Versorgungssicherheit stärker voranzutreiben. Die Zeit drängt für Investitionen: Zum einen, weil Deutschland bis 2030 seine Treibhausgasemissionen um 65 Prozent reduzieren und bis 2045 klimaneutral sein will. Zum anderen, weil Russlands Krieg gegen die Ukraine zu einer Verknappung von günstigem Öl und Gas führt.

Erschwert wird die Situation dadurch, dass wir auch schon ohne den russischen Angriffskrieg in eine globale Energiekrise gelaufen wären.

Mit zunehmendem Wohlstand und wachsender Weltbevölkerung nimmt der weltweite Energiehunger immer weiter zu. Gleichzeitig sind seit einem Jahrzehnt die Investitionen in den Energiesektor hinter dieser steigenden Energienachfrage zurückgeblieben. Diesen Nachholbedarf gilt es zusätzlich aufzuholen.

Herausforderung Energiekrise

Um die Wende dauerhaft zu schaffen, müssen wir raus aus dem Krisenmodus und ins neue Normal. Während der Krise haben wir gezeigt, wie es schnell gehen kann, wenn es muss. In „Deutschland-Geschwindigkeit“ haben wir schwimmende Terminals zum Import von Flüssiggas installiert, mit denen wir unsere Gasimporte diversifizieren. Und die Laufzeiten von Kraftwerken verlängert, um Gas zu sparen. Die Herausforderung ist, dieses Vorgehen zum Normalfall zu machen und die vor uns liegenden Aufgaben im gleichen Tempo anzugehen. Nur dann werden wir unsere Klimaziele erreichen und die Versorgung mit grüner Energie sichern können.

Mehr grüne Energie, neue Kraftwerke und ergänzende Infrastruktur
2030 ist das Jahr der Entscheidung.

gen. Machen wir es konkret: Nur mit mehr Flächen und schnelleren Genehmigungsverfahren kommen wir bei den erneuerbaren Energien auf das nötige Ausbautempo. Die im Osterpaket 2022 verabschiedeten Flächenziele greifen viel zu spät. Wir müssen sie früher erreichen, so wie es Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen planen. Gleichzeitig brauchen wir, um beim Planen und Genehmigen der Anlagen schneller zu werden, die verabschiedete massive Verkürzung der Verfahren, einen einheitlichen Artenschutzleitfaden und mehr Personal in den Genehmigungsbehörden.

Damit mehr investiert wird, müssen wir zudem den Investitionsrahmen verbessern. Mit gezielten Reformen des Strommarktdesigns, wie sie jetzt auf nationaler Ebene mit der „Plattform für ein klimaneutrales Stromsystem der Zukunft“ oder in der EU angeschoben werden, können wir notwendige Anreize setzen. Dabei geht es um Evolution, nicht Revolution. Gezielt müssen wir extre-

Dr. Markus Krebber

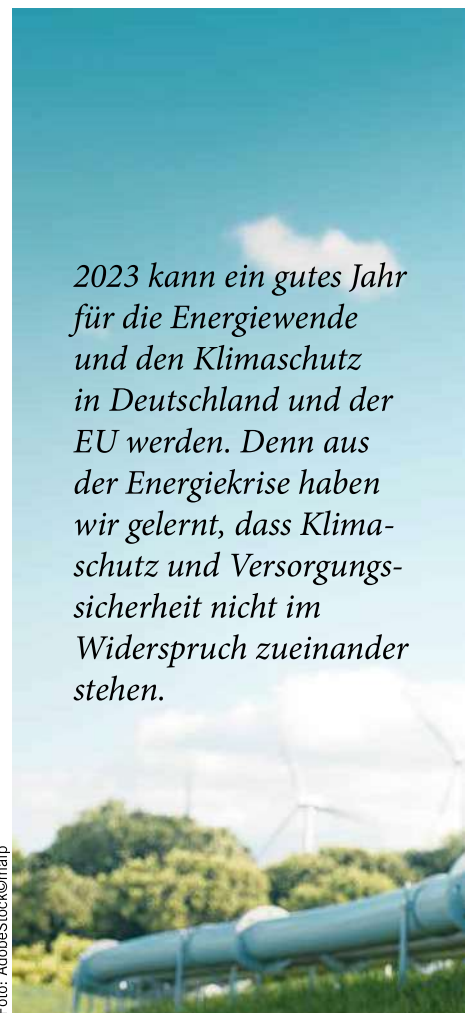
Vorsitzender des Vorstandes
RWE AG



Foto: André Laaks, RWE

„Auch beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft müssen endlich die Bremsen gelöst werden.“

Foto: AdobeStock@malp





me Energiepreisspitzen für Verbraucher dämpfen, ohne mit dauerhaften Erlösobergrenzen Investitionen abzuwürgen. Für Preisstabilität besser wären sogenannte Power Purchase Agreements, langfristige Stromlieferverträge, die durch das Marktdesign angereizt werden. Um den Investitionsrisiken durch nach der Ausschreibung steigende Herstellungskosten für Windanlagen entgegenzuwirken, braucht es zudem wirtschaftliche Anreize wie zum Beispiel eine Kopplung des Ergebnisses der EEG-Ausschreibungen an die Inflation.

Anreize brauchen wir auch für neue wasserstofffähige Gaskraftwerke, die wir jederzeit hochfahren können, um die Versorgung zu sichern. Um diese Investitionen anzustoßen, sollte das Marktdesign um ein weiteres Ausschreibungsinstrument ergänzt werden, z.B. mit einem Investitionskostenzuschuss. Hierüber muss schnell entschieden werden, denn bei fünf bis sieben Jahren Realisierungszeit wären die Anlagen sonst bis 2030 nicht am Netz.

Auch beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft müssen endlich die Bremsen gelöst werden. Wasserstoff ist unverzichtbar, um die w-Emissionen auch dort zu minimieren, wo Strom keine Lösung ist. Große Hoffnungen setzen wir in die Fortschreibung der nationalen Wasserstoffstrategie. Konkret: Schnellere Bewilligung der Fördermittel statt monatelanger Wartezeit, keine nationale Verschärfung der europäischen Grünstromkriterien, wie sie im offiziellen EU-Entwurf vorgesehen sind und Einführung neuer Instrumente zur Nachfrageförderung.

Beides, der Umbau der Stromerzeugung und der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, wird nicht ohne Infrastruktur gelingen. Wir brauchen mehr und leistungsfähigere Netze für grünen Strom und Wasserstoff. So müssen die im Netzentwicklungsplan Strom enthaltenen Ausbaupläne deutlich vorgezogen werden – statt 2035 muss das Ziel 2030 lauten. Sonst müssen wir Wind- und Solarstrom wegschmeißen, weil wir ihn nicht zum Verbraucher

kriegen. Gleiches gilt für Wasserstoff: Niemand investiert in Wasserstoffanwendungen, wenn er nicht sicher sein kann, dass er auch Wasserstoff bekommt, wenn er ihn braucht. Und das heißt, dass wir schon vor 2030 ein gut ausgebautes H₂-Netz realisieren müssen, wenn wir der schnell wachsenden Nachfrage gerecht werden wollen.

Fazit

Wenn wir jetzt die richtigen Weichen stellen und Investitionsbremsen lösen, können wir Deutschland mit Energiewende und Klimaschutz wettbewerbs- und zukunftsfähig machen. Das Deutschland-Tempo, das wir bei den Flüssiggas-Terminals an den Tag gelegt haben, braucht es auch bei Erneuerbaren, Wasserstoff und der Infrastruktur. Die Amerikaner machen es uns gerade mit dem „Inflation Reduction Act“ vor. Daran sollten wir uns ein Vorbild nehmen und Anreize setzen, um selber attraktiv für Investitionen zu werden. So können Deutschland und die EU langfristig ihre industrielle Basis sichern. □

Die Erkenntnis, welche Bedeutung die Cybersecurity für das Wohlergehen unserer Gesellschaft hat, hat sich mit geradezu disruptiver Kraft durch den politischen und ökonomischen Raum ihren Weg gebahnt. Dies hat natürlich mit der „Zeitenwende“ nach Putins Überfall auf die Ukraine zu tun, aber es war nur der letzte Tropfen in das überlaufende Fass. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen durch kriminelle oder politisch motivierte Angriffe waren auch zuvor bekannt und führten zu einem massiven Umdenken. Doch leider erlebt man mehr hektischen Aktivismus und einen Wettbewerb der Ankündigungen, als einen integrierten strategischen Ansatz, der heute wichtiger denn je wäre. Die vielen Ankündigungen bezeugen, dass wir – wie so oft in Deutschland – kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem haben. Dass etwas gemacht werden muss ist unstrittig, aber es scheitert daran, dass das Richtige von den richtigen Instanzen richtig gemacht wird. So verschwenden wir viel Energie, Zeit und Geld.

Überall wo digitalisiert wird, braucht es ein Streben nach Cybersecurity. Da überall digitalisiert wird, braucht es überall Cybersecurity. Dies führt zu einem Wildwuchs an Verantwortlichkeiten, Mitspracherechten und auch Föderalismusdiskussionen. Wer sich die Begeisterung für Wimmelbilder aus der Kindheit bewahrt hat, mag an der jährlich von der Stiftung Neue Verantwortung veröffentlichten Auf-

stellung der Verantwortlichkeiten für Cybersecurity in Deutschland Freude empfinden, für alle anderen wird dort visuell greifbar, warum wir das Thema nicht in den Griff bekommen. Natürlich wird es nie den einen Verantwortlichen geben, aber ohne klarere und

von wem angekündigt wird. Die Anzahl der Initiativen und Strategien wächst proportional zur Anzahl der sich verantwortlich fühlenden Institutionen – national und international. Jede Initiative ist berechtigt, aber die Zweifel in der Fachwelt, inwieweit

Doppel- Wumms nicht gehört?

Deutschland braucht einen Masterplan für Cybersecurity mit einfachen Strukturen und am besten einer klar verantwortlichen Person wie dem Bundeskanzler.



einfachere Struktur werden wir nicht vorankommen.

Diese Vielzahl von Verantwortlichkeiten führt zu einer Kakophonie der unkoordinierten Ankündigungen: Digitalstrategie des Bundes, internationale Digitalstrategie des BMDV, Cybersicherheitsstrategie, Nationale Sicherheitsstrategie, „Aktionsplan Cybersicherheit“ des Auswärtigen Amtes, Umsetzung der neuen europäischen NIS2-Richtlinie, KRITIS-Dachgesetz, diverse Förderprogramme – auch Experten verlieren langsam den Überblick, was hier gerade wann

diese Ansätze zueinander kompatibel, widerspruchsfrei und in der Summe vollständig und konsistent sind, sind groß und wohl auch nicht ganz unberechtigt.

Und mag man bei geo- oder verteidigungspolitischen Themen noch nachvollziehen können, warum sie hinter verschlossenen Türen stattfinden, so führt der Ansatz, die Anzahl der Aktivitäten und der staatlichen Verantwortlichen zu maximieren, aber die betroffene Wirtschaft nicht einzubinden, zu noch mehr Verärgerung und definitiv nicht zur Qua-



Prof. Timo Kob

Gründer und Vorstand
HiSolutions AG;
Vorsitzender der Bundes-
arbeitsgruppe Cybersicherheit
im Wirtschaftsrat

„Diese Vielzahl von Verantwortlichkeiten führt zu einer Kakophonie unkoordinierter Ankündigungen.“

litätssteigerung. Als Beispiel sei das KRITIS-Dachgesetz genannt, wo jetzt mit hohem Tempo Schutzanforderungen für Kritische Infrastrukturen jenseits der Cybersecurity etabliert werden sollen, aber im ersten geleakten Entwurf die Verknüpfung zur Cyber-

Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) unabhängiger aufzustellen und zu stärken. Papier ist geduldig, besonders das von Koalitionsverträgen, die Digitalisierung im Allgemeinen und Angreifer im Cyberspace im Besonderen sind es nicht. Was unser

sieht, ohne auch die Chancen für die Wirtschaft zu erkennen und systematisch zu generieren, betrachtet nur eine Seite der Medaille. Doch dafür braucht es denjenigen, der sich für das Thema in allen Facetten verantwortlich fühlt – und dieser ist nicht in Sicht.

Dass dies keine Fantastereien und Hirngespinnste sind, zeigt uns Israel seit fast 20 Jahren. Aus einer Gefährdungslage die richtigen Schlüsse ziehen, koordiniert alle Beteiligten etwa aus Wirtschaft, Sicherheitsbehörden und Forschung einzubinden und mit dem vollen Instrumentenkasten der Politik eine konsistente Strategie zu entwickeln und konsequent umzusetzen – das funktioniert. Und führt dazu, dass Israel nicht nur trotz massiver Bedrohung wenige Cybersecurity-Vorfälle zu beklagen hat, sondern als Nebeneffekt auch eine der erfolgreichsten Industrien der Branche aufgebaut hat.

Israel bündelt all dies direkt beim Premierminister. Der Wirtschaftsrat würde sich etwas Vergleichbares im Kanzleramt wünschen. Oft genug stellen wir in Deutschland unser Licht unter den Scheffel. Auch in der Cybersecurity sind wir an vielen Punkten nicht so schlecht, wie wir glauben. Um das BSI beneiden uns viele Länder, unsere Cybersecurity-Industrie ist in gewissen Sparten mehr als wettbewerbsfähig. Wie gut könnten wir sein, wenn wir dieses Potential nicht nur erkennen, sondern konzentriert und konsequent nutzen würden! □

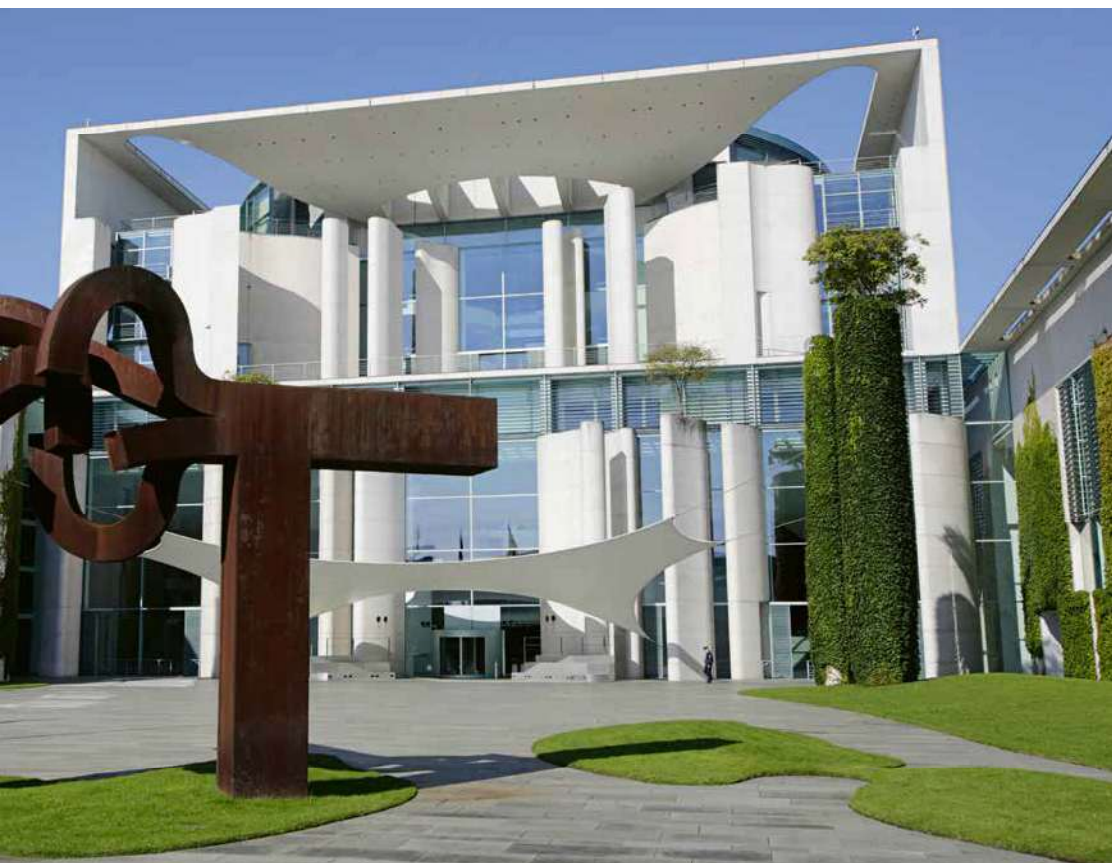


Foto: Jens Schicke

sicherheit komplett fehlte. Dafür wurde aber vorgeschlagen, eine weitere Behörde – das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – auf die Liste der Verantwortlichen zu setzen. Die fehlende Einbindung der Cybersecurity wurde auf der Ankündigungsebene zwar korrigiert. Aber woran bis heute niemand gedacht hat, ist, mit den Betroffenen, den kritischen Infrastrukturen selbst, zu sprechen.

Ebenso warten wir seit Regierungsantritt auf eine Konkretisierung der Ankündigung, das Bundesamt für

Land dringend braucht, ist ein Masterplan, der anerkennt und umsetzt, dass das Thema Cybersecurity sich durch fast alle Politikfelder von Innenpolitik bis über Außenpolitik, von Wirtschaft bis Bildung, von Verteidigung bis Forschung zieht und auch nur integriert betrachtet gemeistert werden kann. Nur so werden wir die mannigfaltigen Gefahren bewältigen. Wer heute neue Sicherheitsanforderungen stellt, ohne gleichzeitig in den Schulen zu beginnen, gegen den Fachkräftemangel von morgen zu kämpfen, springt zu kurz. Wer in der Cybersecurity nur Risiken

Pflege vor dem Kollaps?

Text und Grafiken: Jan Strache

Die Pflege ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Seit Einführung der sozialen Pflegeversicherung im Jahr 1995 hat sich die Zahl der Leistungsbezieher fast verfünffacht und wird bis 2050 voraussichtlich 6,5 Millionen betragen. Diese Entwicklung reißt große Löcher in die Pflegekassen. Im laufenden Jahr rechnen sie mit einem Defizit von drei Milliarden Euro – trotz eines jährlichen Bundeszuschusses von einer Milliarde Euro. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach MdB hat daher bereits weitere Beitragserhöhungen in Aussicht gestellt.

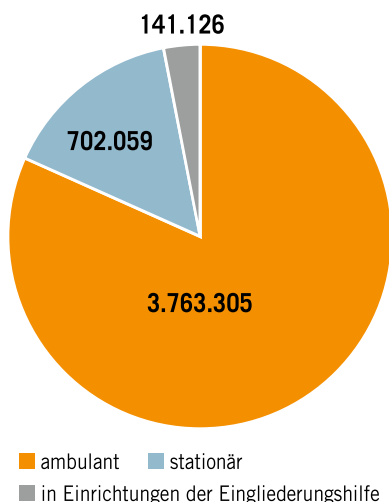
Neben dem demografisch bedingten Finanzierungsproblem leidet das Pflegesystem auch unter einer immer akuter werdenden Personalknappheit. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft muss die Zahl der Vollzeit-Pflegekräfte in Deutschland bis 2035 um rund 37 Prozent steigen, um den bereits heute unzureichenden Personalschlüssel aufrechtzuerhalten.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, braucht es ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept. Dabei müssen insbesondere die wirtschaftlichen und unternehmerischen Herausforderungen der Leistungserbringer stärker in den Blick genommen und gleichzeitig eine möglichst hochwertige Versorgung der Pflegebedürftigen sichergestellt werden. Es gilt, eine Überlastung der Beitragszahler und der jüngeren Generationen zu verhindern. Zugleich müssen die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert und die Chancen der Digitalisierung konsequent genutzt werden.



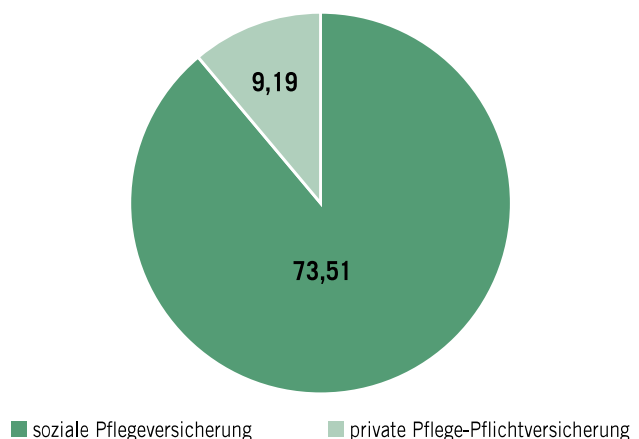
Die ambulante Pflege überwiegt

Versorgungsformen in der sozialen Pflegeversicherung: Der Großteil der Pflegebedürftigen in der sozialen Pflegeversicherung wird ambulant versorgt, also in den eigenen vier Wänden.



Pflegeversicherung folgt Krankenversicherung

Die Pflegeversicherung wurde 1995 als weitere Säule der Sozialversicherung eingeführt. Wer in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, wird in die soziale Pflegeversicherung einbezogen. Wer privat krankenversichert ist, unterliegt der Versicherungspflicht in der privaten Pflegeversicherung.



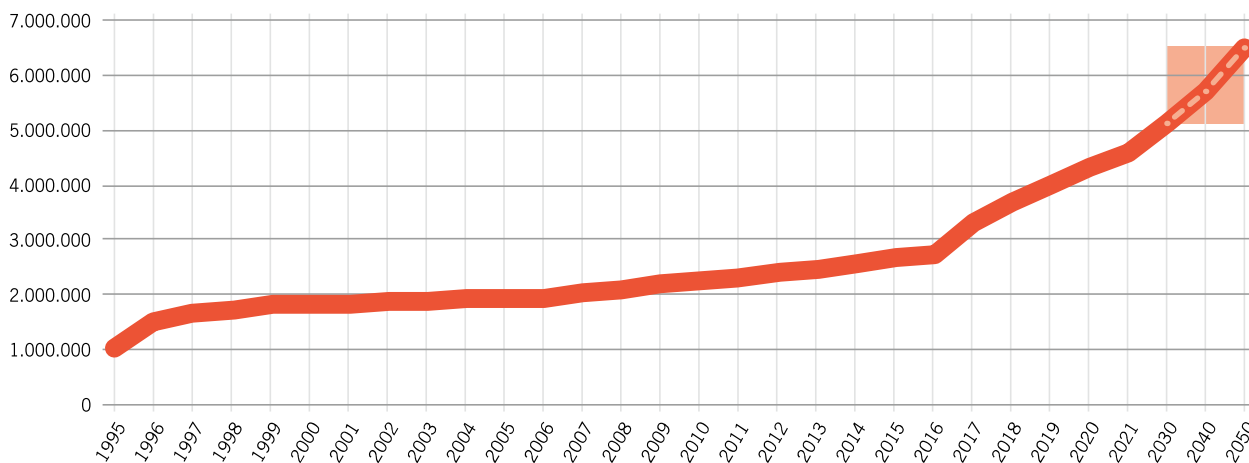
Zahl der Pflegeversicherten in Millionen am 31.12.2021 (soziale Pflegeversicherung) beziehungsweise 31.12.2020 (private Pflegeversicherung).

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt rasant

Zahl der Leistungsbezieher der sozialen Pflegeversicherung am Jahresende

Lag die Zahl der Leistungsbezieher bei Einführung der sozialen Pflegeversicherung 1995 noch bei knapp einer Million, nähert sie sich inzwischen der Fünf-Millionen-Marke. Für 2050 rechnet das Bundesgesundheitsministerium mit 6,5 Millionen Pflegebedürftigen in der sozialen Pflegeversicherung.

■ 2030 bis 2050 = Prognose

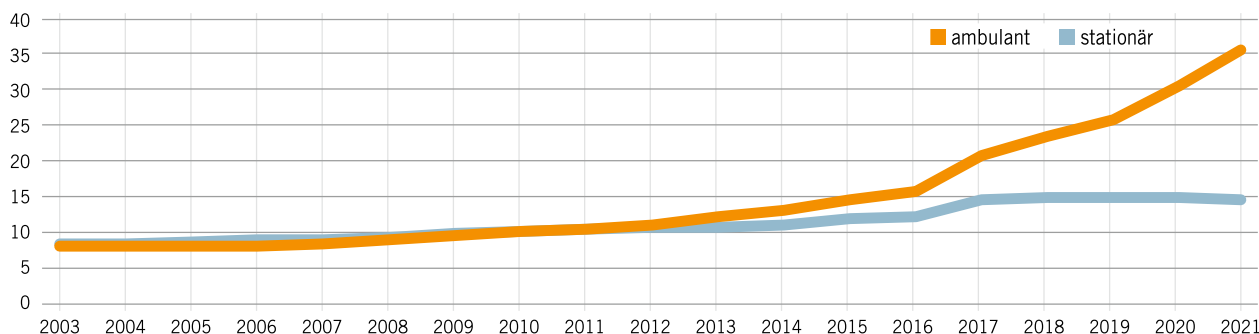


Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Die Ausgaben für die ambulante Pflege nehmen zu

Leistungsausgaben der sozialen Pflegeversicherung in Milliarden Euro

Die Ausgaben der Pflegekassen steigen seit Einführung der Pflegeversicherung kontinuierlich. Während die Ausgaben für die stationäre Pflege in den letzten Jahren stagnieren, schnellen die Kosten für die ambulante Hilfe inzwischen besonders stark in die Höhe.

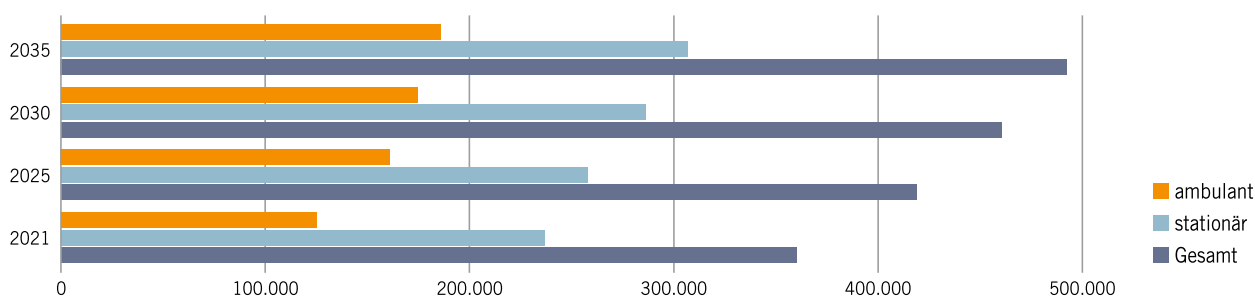


Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Der Fachkräftebedarf in der Pflege wird weiter steigen

Tatsächlich in der Pflegebranche in Vollzeit Beschäftigte (2021) und der prognostizierte Personalbedarf

Im Jahr 2021 arbeiteten 361.583 Personen in Vollzeit in der Pflegebranche. Setzt man den bereits heute unzureichenden Personalschlüssel voraus, werden bis 2035 über 130.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt. Obwohl sich die Ausbildungs- und Beschäftigungszahlen in den letzten Jahren positiv entwickeln, reichen sie zur Deckung des Bedarfs nicht aus.



Quelle: Statistisches Bundesamt, IW Köln

Die Generationengerechtigkeit muss bei der bevorstehenden Reform der Pflegeversicherung eine viel größere Rolle spielen. Doch im aktuellen Referentenentwurf des Gesundheitsministeriums ist das Gegenteil der Fall, die Leistungen sollen noch ausweitete werden.

Sozialpolitik auf Pump frisst die Reserven auf



Derzeit vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht von Milliardendefiziten in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung liest und an dem nicht nach neuen Milliarden-Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt gerufen wird. Die Defizite in den Sozialversicherungen haben vor allem mit dem demografischen Wandel zu tun. Sie stehen durch die starke Alterung unserer Gesellschaft unter immer grö-

ßerem finanziellen Druck. Der Trend zu immer mehr älteren Versicherten und immer weniger erwerbstätigen Beitragszahlern stellt die umlagefinanzierten Systeme zusehends vor Probleme.

Von der Privaten Kranken- und Pflegeversicherung (PKV) hören Sie so etwas nicht. Weder von Defiziten noch von Rufen nach Zuschüssen aus der Staatskasse. Und das ist kein Zufall. Denn die PKV hat dieses Problem deshalb nicht, weil alle Privatversicherten vom ersten Tag an eine kapitalgedeckte finanzielle Vorsorge aufbauen – für die Demografie und die höheren Kosten im Alter. Nachhaltigkeit gehört damit sozusagen zu unserer DNA.

Damit kann die Private Kranken- und Pflegeversicherung ein wichtiger Teil der Lösung sein, um unser Gesundheits- und Pflegesystem im demografischen Wandel zu stabilisieren. Denn die PKV ist mit ihrem nachhaltigeren Finanzierungsmodell, das von Anfang an eine finanzielle Vorsorge für die Kosten im Alter aufbaut, viel stabiler aufgestellt. Unsere Rolle als zweite Säule zur Finanzierung des Gesundheitswesens und der Pflege in

Deutschland wird in der Zukunft eher noch wichtiger werden.

Es könnten – und sollten – viel mehr Menschen in Deutschland für ihre Gesundheits- und Pflegeversorgung im Alter vorsorgen. Die PKV kann diese nachhaltige Lösung auch für gesetzlich Versicherte als Zusatzversicherung anbieten. So könnten zum Beispiel die Demografie-Probleme der Pflege durch Anreize zu privater oder betrieblicher Pflegevorsorge dauerhaft verringert werden.

Wie gut das nachhaltige Modell der PKV funktioniert, können Sie an der Entwicklung der kapitalgedeckten Alterungsrückstellungen erkennen. Diese Demografie-Reserve der Privaten Kranken- und Pflegeversicherung beträgt aktuell über 315 Milliarden Euro – zweckgebunden für die medizinische und pflegerische Versorgung unserer Versicherten im Alter.

Wir müssen unseren Kindern eine Welt übergeben, in der nicht alle Ressourcen verbraucht sind. Das gilt nicht nur für den Klimaschutz. Sondern die Rücksicht auf die nachfolgenden Generationen muss eben auch für die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme gelten. Die ungedeck-



Thomas Brahm

Vorsitzender des
Verbandes der Privaten
Krankenversicherung PKV

„Die Zukunftslasten in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung erreichen ein Ausmaß, das eine eigene Protestwelle der Jüngeren à la Fridays-for-Future rechtfertigen würde.“



Foto: AdobeStock©Nicola

ten Lasten, die im Umlagesystem der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gerade aufgebaut werden, fressen schon heute die Reserven der nachfolgenden Generation auf. Diese Zukunftslasten erreichen ein Ausmaß, das eine eigene Protestwelle der Jüngeren à la Fridays-for-Future rechtfertigen würde.

Hier nimmt die Private Krankenversicherung eine doppelte soziale Verantwortung wahr: die Solidarität der Gesunden mit den Kranken, die zum Wesen jeder Versicherung gehört, und zusätzlich die Solidarität mit

den nachfolgenden Generationen, die wir nicht belasten. Denn unsere Versicherten sorgen vom ersten Tag an für die Demografie und die höheren Kosten im Alter vor. Dieser Kapitalstock der Privatversicherten wächst derzeit umgerechnet jede Minute um rund 25.114 Euro. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit.

Die Generationengerechtigkeit muss auch bei der bevorstehenden Reform der Pflegeversicherung eine viel größere Rolle spielen. Doch im aktuellen Referentenentwurf des Gesundheitsministeriums ist das

Gegenteil der Fall. Die Pläne lösen die Finanzprobleme der Sozialen Pflegeversicherung nicht, sondern vergrößern sie sogar, damit belasten sie den Wirtschaftsstandort und die junge Generation. Der Entwurf will zusätzliche neue Leistungen einführen, die innerhalb kurzer Zeit demografiebedingt von immer mehr Pflegebedürftigen in Anspruch genommen werden. Das zusätzliche Geld der Beitragsanpassung würde schon in den kommenden Jahren bereits nicht mehr ausreichen – de facto würde die Verschuldung zu Lasten der jungen Generationen erhöht.

Um eine weitere Umverteilung von Jung zu Alt zu vermeiden, müsste jede Generation zumindest für die zukünftigen Kostensteigerungen in der Pflege selbst aufkommen. Eine Stärkung der ergänzenden, kapitalgedeckten Vorsorge ist daher dringend notwendig.

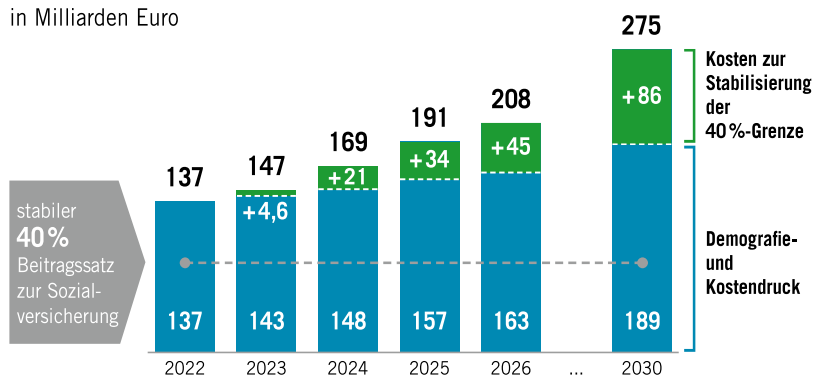
Der PKV-Verband hat ein eigenes Konzept zur nachhaltigen Reform der Pflegefinanzierung vorlegt, den „Neuen Generationenvertrag für die Pflege“. Damit würde für die Älteren eine gewisse Dynamisierung der Pflege-Leistungen eingeführt und für die Jüngeren eine zusätzliche finanzielle Vorsorge gefördert – sodass der Beitragssatz zur Sozialen Pflegeversicherung stabilisiert werden kann.

Der Gesetzgeber könnte zudem mit vergleichsweise geringem Aufwand die private Pflege-Vorsorge stärken, etwa durch die steuerliche Abzugsfähigkeit der Beiträge. Auch betriebliche Pflegeversicherungen, in denen die Arbeitgeber einen Zusatzschutz für ihre Belegschaften organisieren, könnten sehr schnell sehr viele Menschen besser absichern. Dafür gibt es ein sehr erfolgreiches Beispiel der Tarifpartner in der Chemie-Industrie.

Große Sorge macht mir hingegen die von manchen Politikern als vermeintliche Lösung gewünschte Flucht in zusätzliche Bundeszuschüsse zur Pflege- und Krankenversicherung. Das bedeutet im Klartext: zusätzliche Schulden. So eine Sozialpolitik auf Pump würde der nachfolgenden Generation noch höhere Lasten aufdrücken. Das ist unverantwortbar und hat heftigen Widerstand verdient. □

So entwickelt sich geschätzt der Bundeszuschuss zur Sozialversicherung

in Milliarden Euro



Deutschlands Platz in einer konfrontativen Welt sichern

Deutschland hat im Standortwettbewerb derzeit keine guten Karten. Wir müssen vielmehr die europäische Karte spielen, Bürokratie abbauen sowie Energie sicher und bezahlbar anbieten.

Vertrauen, Verlässlichkeit und Risiko sind Stichworte, die zuletzt allgegenwärtig waren. Die Welt ist in Unruhe geraten. Die Risiken haben sich geballt wie selten zuvor. Gleichzeitig zeigt sich, wie wichtig verlässliche Partner sind, um sich in einer konfrontativen Welt zu behaupten. Wir stehen vor der Aufgabe, unseren Platz in einer Welt epochaler geopolitischer Verschiebungen und tiefgreifender wirtschaftlicher Transformation zu sichern. Dazu zählt zu allererst, dass wir mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen, Abhängigkeiten in der Energieversorgung verringern und Handelsbeziehungen diversifizieren. Das wird enorme Anstrengungen erfordern.

Makroökonomisch bleibt vor allem die Inflation ein Risikofaktor – insbesondere in Deutschland und in Europa. Die Kerninflation ist weiter gestiegen, weil auf allen Ebenen die befürchteten Zweitrundeneffekte einsetzen. Diese dürften 2023 weiter zunehmen. Das heißt auch, dass die Notenbanken noch rigoroser handeln müssen, um das Gift der Inflation aus der Wirtschaft zu saugen. Es steht zu befürchten, dass wir zu sehr auf die Krisenbewältigung geschaut haben und zu wenig auf unsere langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt für Staaten, die viel Geld in Soforthilfeprogramme stecken. Aber auch für unsere Unternehmen, die zuletzt vor allem kurz- und mittelfristige Kredite

abgeschlossen haben, um ihre Liquidität zu sichern, zu Lasten langfristiger Investitionen. Dabei müssten sie in die Neuordnung ihrer Lieferketten, in Technologie und besonders in den Übergang zu einer nachhaltigen Ökonomie investieren. Aber Firmen wägen Chancen und Risiken heute sorgsamer ab – und das ist für mich das Gefährlichste – sie überlegen immer häufiger, wo sich eine Investition in der Welt lohnt.

Deutschland hat im Standortwettbewerb derzeit keine guten Karten. Der US-Inflation Reduction Act zeigt sehr gut, woran es hapert. Dieser ist für die Unternehmen nicht nur wegen der ausgelobten Subventionen interessant, sondern weil das Programm at-



Foto: European Union, 2022

traktiv, einfach, eingängig und schnell ist – anders als viele Regeln bei uns in Europa. Schon zuvor haben Unternehmen aufgrund günstigerer Energiekosten und der Überbürokratie in Deutschland und Europa geprüft, ob sie lieber in den USA investieren. Das wird sich beschleunigen. Umso wichtiger ist es, Antworten zu finden, um auf den Zukunftsfeldern gegenüber USA und China wettbewerbsfähig zu bleiben. Das heißt nicht, dass wir in einen Subventionswettkampf eintreten sollten. Wir haben in Europa bereits umfassende Programme. Was wir brauchen ist, dass diese Gelder schnell und unbürokratisch vergeben werden.

Wir haben global tätige, höchst innovative Unternehmen und bestens ausgebildete Fachkräfte und wir haben

auch in schwierigen Zeiten eine einzigartige politische Stabilität in Europa, insbesondere in Deutschland, wir sind vergleichsweise gering verschuldet. Genau das müssen wir jetzt nutzen, um unseren Weg in eine erfolgreiche Zukunft zu gehen. Fünf Punkte sind entscheidend: Erstens müssen wir unsere Energieversorgung neu ordnen, Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten verringern und konsequent Erneuerbare ausbauen. Aber wir sollten noch an allen Quellen festhalten. Der nächste Winter kommt. Und: Wir brauchen langfristig einen Masterplan Energie für Europa.

Zweitens gilt es, die grüne Transformation der Wirtschaft voranzutreiben. Wir haben uns hier einen Vorsprung erarbeitet, der jedoch schmilzt, wenn wir dem nicht entgegenwirken.

Drittens müssen wir Bürokratie und überzogene Regulierung zurückfahren, die den Umbau unserer Wirtschaft bremsen. Wir haben beim Aufbau der LNG-Terminals gesehen, wie schnell wir handeln können. Das muss der Maßstab sein. Und es kann auch nicht sein, dass Mittelständler 7.000 Seiten Guidelines im Bereich Nachhaltigkeit lesen müssen.

Viertens müssen wir sicherstellen, dass wir dem wachsenden Fachkräftemangel etwas entgegensetzen und im globalen Wettbewerb um Talente mithalten. Dafür müssen wir in Bildung und Weiterbildung investieren und uns für qualifizierte Zuwanderung öffnen. Auch wir Unternehmen müssen uns ändern, wenn wir über Berufsausbildung, Weiterbildung, Talentförderung reden.

Fünftens, dieser Punkt ist mir besonders wichtig, müssen wir die europäische Karte viel, viel stärker spielen. Die Krisenjahre haben gezeigt, wie viel wir erreichen können, wenn wir in Europa nationale Egoismen zurückstellen und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Dies gilt es jetzt zu verstetigen und die Integration voranzutreiben. Dabei denke ich natürlich an den EU-Binnenmarkt, der auch 30 Jahre nach seinem Start leider unvollendet ist und das gewaltige Potenzial eines einheitlichen Marktes mit 450 Millionen Konsumenten zu einem

gutteil brachliegen lässt. Das gilt ganz besonders für Finanzdienstleistungen, für die es immer noch keinen Binnenmarkt gibt. Genau das wäre die Voraussetzung, um grenzüberschreitend Kapital zu mobilisieren, um attraktiver für in- und ausländische Investoren zu werden. Ohne deren Geld werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen nicht schaffen.

Der Green-Deal wird ohne eine Kapitalmarktunion in Europa nicht vollzogen werden. Vor der Kapitalmarktstruktur in der EU schrecken gerade größere Investoren zurück, weil sie zu illiquide, zu fragmentiert und zu ineffizient ist. Obwohl der europäische Aktienmarkt nur ein Viertel so groß ist wie der US-amerikanische, gibt es in der EU dreimal so viele Börsenbetreiber, 18 zentrale Gegenparteien und 22 Zentralverwahrer. Und jeder der 27 Einzelmärkte hat seine eigenen Regeln. Überspitzt gesagt: Ein Wahnsinn, den wir uns hier erlauben.

Christian Sewing

Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Bank AG



Foto: Deutsche Bank

„Um die EU-Transformationen zu schaffen, brauchen wir in den nächsten 30 Jahren pro Jahr 1.000 Milliarden Euro. Das geht nur mit einer Kapitalmarktunion.“

Deshalb bleibe ich dabei: Eine Kapitalmarktunion, also ein tiefgreifender Finanz-Binnenmarkt, wäre der günstigste Wirtschaftsmotor für Europa. Leider fehlt bisher der breite politische Rückhalt für den großen Wurf. Umso wichtiger wären einzelne Maßnahmen, mit denen die EU den Kapitalmarkt überall dort stärkt, wo sich die Chance bietet, damit wir eine Art Brückentechnologie in die Kapitalmarktunion bilden. □



Innovationen begleiten

Die Bafin hat sich als Ziel gesetzt, Innovationen zu begleiten ohne Hürden aufzubauen.

Aufsichtsbehörden haben die Tendenz, sich auf die Geschäftsmodelle von Instituten von heute zu fokussieren und die Unfälle von gestern. Es ist deshalb so wichtig, dass wir uns auch damit befassen, was in Zukunft kommen könnte. Wir bei der Bafin wollen Innovationen ermöglichen und sie intensiv begleiten. Wobei eines klar sein muss: Grundsätzlich bringen Innovationen die Branche nur voran, wenn das Kundeninteresse im Zentrum des Innovationsprozesses liegt.

Die meisten kennen die berühmte Aussage von US-Notenbankchef Paul Volcker im Jahr 2009. Er sagte, dass der Geldautomat die einzige nützliche Innovation sei, die die Finanzbranche über 20 Jahre zustande gebracht habe.

Aber ja, die Erfindung des Geldautomaten ist ein super Beispiel für eine sehr kundenzentrierte Innovation. Wir haben Neuerungen gesehen, wo es weniger eindeutig war, dass die Innovation im Interesse der Kunden war. Aber es gibt diese Zyklen, in denen Innovation euphorisch begrüßt wird. Bis sich die zunächst ausgeblendeten Risiken vielleicht doch materialisieren. Wenn wir unseren Blick auf das heutige Jahrzehnt lenken, haben wir das Beispiel der Block-Chain-Technologie. Die erste Rede dazu hielt ich 2013 und war nicht besonders früh dran. Aber ich habe gesagt, sie könnte sehr viel in der Finanzbranche revolutionieren. Jetzt, fast zehn Jahre später, ist die Technologie noch vielversprechend, aber sie hat dieses Potenzial noch nicht vollständig entfalten können. Viele Anwendungen haben enorme Risiken gebracht. Die Krypto-Werte als spekulative Asset-Klasse sind für mich nicht eindeutig eine Innovation. Sie bringen Herausforderungen für den Verbraucherschutz mit sich, für die Bekämpfung von Finanzkriminalität und Geldwäsche – und vielleicht in Zukunft Risiken für die Finanzmarktstabilität.

Was ist die Rolle einer Aufsichtsbehörde wie der Bafin beim Thema Innovation? Wir müssen Trends so früh

und eng wie möglich identifizieren und die Player begleiten. Wir dürfen nicht im Weg stehen. Innovationen sind ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts. Deswegen haben wir bei der Bafin Innovationen möglich zu machen als eines unserer wichtigsten Mittelfristziele definiert. Die Rolle einer Aufsichtsbehörde ist es, kritisch zu hinterfragen. Wir sind für faire Rahmenbedingungen, wo innovative Geschäftsmodelle von vielleicht neuen Unternehmen in Konkurrenz kommen mit den bestehenden Playern. Unser Auftrag ist es nicht, eine Art Schutzgebiet für bedrohte alte Geschäftsmodelle einzurichten. Aber es ist auch nicht unser Auftrag, Wohlfühloasen für Thinktanks zu schaffen, indem wir die Augen zudrücken, wenn die aufsichtsrechtlichen Standards und die Compliance-Regeln nicht eingehalten werden. Sie kennen es alle, aber hier ist es besonders prägnant: gleiche Risiken, gleiche Regeln, der gleiche Aufsichtsansatz und die gleiche Intensität. Mit einer Bafin-Erlaubnis im deutschen Markt tätig zu sein muss ein Gütesiegel sein, das für Seriosität steht. Das müssen sich Unternehmen verdienen mit plausiblen Geschäftsmodellen, genügend Startkapital und verlässlichem Führungspersonal. □



Mark Branson

Präsident der Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht

„Die Rolle einer Aufsichtsbehörde ist es, kritisch zu hinterfragen.“



Energiewende vorantreiben

Die Investitionen für die Transformation Deutschlands belaufen sich auf Hunderte Milliarden.

Foto: AdobeStock© halberg

Das Jahr 2022 war nicht nur davon geprägt, wie wir auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagieren und alternative Energiequellen für den Import von Energie aufbauen. Vor zehn Monaten haben Ökonomen darüber diskutiert, ob wir bei einem russischen Energieboykott, in ein fünf- oder zehnprozentiges Rezessionsszenario reinlaufen. Wir haben es gemacht und sind in einem Jahr völlig unabhängig von russischen Energiequellen geworden. Beim Wachstum bewegen wir uns knapp an der Nulllinie. Das ist sicherlich so nicht erwartet worden. Die bestehenden Energiequellen zu nutzen, wurde voll umgesetzt. Wir haben Kohleleiler reaktiviert, Gaskraftwerke mit Molekülen aus Belgien, den Niederlanden, Norwegen und den USA ausgestattet – in Rekordzeit.

Der entscheidende Teil aber, der uns mittel- und langfristig in die Nachhaltigkeit bringt, ist der Ausbau der Erneuerbaren und die Tatsache, dass wir 2022 drei ganz fundamentale Gesetze beschlossen haben: Wind an Land, Wind auf See, das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit den klaren Zielvorstellungen, wie wir zu 80 Prozent Erneuerbaren 2030 und zu

100 Prozent des Elektrizitätskonsums im Jahr 2035 kommen.

Jetzt werden die Investitionsprozesse für Erneuerbare losgetreten. Alle Unternehmen können planen, sie wissen genau, welche Gigawatt wann gebaut werden. Der nächste Schritt sind die Netze. Dazu verhandeln wir mit der niederländischen Regierung zum Thema Tennet. Wir haben auch beschlossen zwischen 17 und 21 Gigawatt Gaskraftwerke neu zu bauen, mit modernster Technologie und besten Emissionsreduzierungstechniken. Auch hier steht uns eine Investitionswelle bevor. Wir müssen diese Investitionen von Hunderten Milliarden gemeinsam stemmen. Wir haben es ganz klar formuliert im Koalitionsvertrag: Wir brauchen die Privatwirtschaft. Der Staat wird das in einem Land, das sich zur Schuldenbremse bekennt, nicht stemmen können und wollen. Der Vorteil ist: All diese Investitionen, können nach der Taxonomie für Atom und Gas taxonomiekonform gestaltet werden. Es besteht ein riesengroßes Interesse von kanadischen, amerikanischen, asiatischen Pensionsfonds. Aber wir haben auch ein sehr starkes Interesse an europäischer Finanzierung. Es könnte ein Ansatzpunkt sein, die Kapitalmarktunion voranzutreiben.

Mit zwei Fondsgesellschaften habe ich gesprochen: Die neue europäische Regulierung als European Long Term Investment Fund – das kann funktionieren. Wenn es gelingt, ein Gesetzgebungsprojekt der EU im Zuge der Umsetzung der Kapitalmarktunion, auch für Anleger spürbar zu machen,

Dr. Jörg Kukies

Staatssekretär
Bundeskanzleramt



Foto: BMF

„Wir haben es ganz klar formuliert im Koalitionsvertrag: wir brauchen die Privatwirtschaft in der Finanzierung.“

in transparente kapitalmarktunionkonforme europäisch regulierte Investmentfonds kommen, haben wir eine Chance, die Kapitalmarktunion greifbar zu machen. Allen ist vermutlich aufgefallen, dass Deutschland und Frankreich trotz aller Reden über eine Beziehungskrise, den Ausbau der Kapitalmarktunion zu ihrer Herzensangelegenheit erklärt haben. □

Restriktive Geldpolitik bremst das Wachstum in Deutschland und Europa.

Unsere Wirtschaft befindet sich in einem stagflationären Umfeld. Stagnation deswegen, weil relativ gut durch die Energiekrise gekommen sind. Da hat der warme Winter eine Rolle gespielt, aber auch die Energiesparmaßnahmen der Bundesregierung. Der befürchtete Wirtschaftseinbruch ist ausgeblieben. Es scheint eher ein Rezessionchen zu werden, noch mit Vorsicht gesprochen. Noch ist nicht zu erkennen ist, wo Dynamik herkommen soll für die Wirtschaftsentwicklung. Wir haben weiter hohe Unsicherheit in der Energieversorgung. Hinzu kommt, dass wir hohe Inflation und darauf reagierende Notenbanken haben. Insbesondere die Europäische Zentralbank (EZB) schiebt den Leitzins nach oben. Die Geldpolitik wirkt dämpfend auf die konjunkturelle Entwicklung. Aber das soll sie ja auch.

Wir sehen im Euro-Raum und in Deutschland eine sehr hartnäckige Inflationsentwicklung. Die Kerninflation ist nennenswert nach oben gegangen. Und wenn sie über fünf Prozent liegt, muss man sagen: Die Preisent-

Foto: Sachverständigenrat



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung; Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D.; Direktor Walter Eucken Institut e.V.

„Steuererhöhungen sind kontraindiziert.“

wicklung hat sich über alle Güter und Dienstleistungen breit gemacht und wird uns länger begleiten. Es ist sehr wichtig, dass die Finanzpolitik nicht konterkariert, was die Geldpolitik mit Zinserhöhungen versucht. Also etwa die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hochzuhalten oder entstehende Wohlstandsverluste zu kompensieren.



Foto: AdobeStock@helmutvogler

Inflation bekämpfen

Wo kommt die Inflation her? Sie tritt auf, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über dem gesamtwirtschaftlichen Angebot liegt. Und Inflation ist ein hartnäckiges Phänomen. Man muss einiges tun, um sie wieder in den Griff zu bekommen. Die Geldpolitik muss restriktiv werden. Die Märkte erwarten, dass die EZB bei vier Prozent zum Halten kommt. Das ist nicht ausgemacht. Wenn die Kerninflation nicht sinkt, wird sie mehr machen müssen. Zugleich muss die Finanzpolitik versuchen auf der Angebotsseite aktiv zu werden. Kontraindiziert sind Steuererhöhungen. Sie dämpfen zwar die Nachfrage, reduzieren aber auch Investitionschancen. Das gilt auch für die Einkommenssteuer, die eine Unternehmenssteuer ist – vor allem im oberen Einkommensbereich. Der verbliebene Solidaritätszuschlag wird zu 50 Prozent durch Einkünfte aus unternehmerischer Tätigkeit finanziert.

Auf Basis des Koalitionsvertrags ist vieles, was man sich wünschen würde, nicht möglich wie etwa eine Verlängerung der Atomkraft über den April hinaus. Damit landen wir bei den Energiekosten in der Spitze. Bei der Steuerbelastung sind wir schon in der Spitze. Ebenso wie beim Produktionsfaktor Arbeit und den Regulierungskosten.

Das Allerwichtigste wird in den nächsten Jahren sein, das regulatorische Umfeld zu verändern. Eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren steht im Koalitionsvertrag. Jeder sollte wissen, dass das nur geht, wenn die Regeln für Genehmigungen einfacher werden und klare Prioritäten gesetzt sind. Dazu gehört eine leistungsfähige Verwaltung. Das ist leider in Deutschland besonders schwierig. Auf Bundesebene kann man das schön sagen. Es ist jedoch Sache der Länder und der Kommunen. □

Foto: bmf-Hendel



Groß denken

Die letzte große Steuerreform ist mehr als 30 Jahre her.

Wir müssen uns Sorgen machen um den Standort Deutschland. Wir leiden unter einer hohen Inflation und Staatsverschuldung. Und die Bundesregierung macht eine nachfrageorientierte Politik. Wir schütten also unnötig Geld aus und nehmen es der Wirtschaft für Investitionen in die Transformation. Deutschland braucht eine angebotsorientierte Marktwirtschaft, wir müssen wieder an Ludwig Erhard anknüpfen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik sind Haushalte verabschiedet worden wie 2022 und 2023. Rechnet man den Nachtragshaushalt 2021 dazu nimmt, dann ist sind wir bei einer Rekordverschuldung von 500 Milliarden Euro. Und dass bei den höchsten Steuereinnahmen je, die in den nächsten Jahren auch noch steigen sollen.

Gleichzeitig haben wir eine extreme Überbürokratisierung in Mittelstand, Industrie und Dienstleistung. Wir bewegen uns in wirtschaftlich schwierigen Umfeld und sehen Abwanderungen ins Ausland. Und wir haben eine Industrie- und Mittelstandsfeindlichkeit in der Politik wie nie zuvor. Die Politik braucht aber Steuereinnahmen. Sonst lassen sich weder Sozialleistungen noch Kultur bezahlen. Wir müssen zurück zu

mehr Vertrauen in die Unternehmer und weniger Kontrolle. Geldverdienen muss erlaubt sein. Wenn Unternehmen erfolgreich sind, ist das doch toll. Sie können investieren, Arbeitsplätze schaffen, Güter kaufen.

Und wir brauchen echte Entscheidungen in der Steuerpolitik. Die letzte große Reform war 1998 unter Gerhard Schröder. Und die war gut. Die Agenda 2010 hat Wachstum, Beschäftigung und mehr Steuereinnahmen gebracht. Seitdem blockiert ein Koalitionspartner – auch in der Ampelregierung. Wir hören viele Ankündigungen: Aktienrente, steuerliche Superabschreibungen – aber es kommt nichts. Jetzt ist ein Steuer-Fairness-Gesetz geplant. Aber das sind eher weitere Kontrollen und neue Regeln.

Schaffen wir doch einfach mal Steuern ab! Die Kfz-Steuer etwa könnte Teil der Mineralölsteuer sein. Für Vielfahrer ließen sich die Freibeträge erhöhen. Solidaritätszuschlag? Endlich weg damit! Gewerbesteuer: Im internationalen Vergleich ein Störfaktor. Stattdessen könnten wir einen Zuschlag auf die Einkommenssteuer für die Kommunen einführen. Oder die stets heiß diskutierte Erbschafts- und Schenkungssteuer: Wir brauchen keine Substanzsteuern in Deutschland. Und schon gar keine Steuer,

deren Erhebungskosten höher sind als die Einnahmen.

Die Unternehmen brauchen Geld für die Transformation. Derzeit haben wir den höchsten Steuersatz in der OECD, 32,8 Prozent bei Kapitalgesellschaften und 45 bis 47 Prozent mit Soli und Kirchensteuer bei den Personengesellschaften und Einzelunternehmen. Wenn jemand thesauriert im Unternehmen, und das machen fast alle im Mittelstand, dürfen wir nicht

Sebastian Brehm MdB

Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der CSU im Deutschen Bundestag, Mitglied im CSU-Präsidium



Foto: Büro Sebastian Brehm

„Wir brauchen mehr Vertrauen in die Wirtschaft.“

mehr verlangen als 25 Prozent. Dann schafft die Wirtschaft die Transformation aus eigener Kraft, ganz ohne staatliche Fördermittel.

Wir brauchen eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik und neues Vertrauen in die Wirtschaft. Sonst fahren wir den Standort Deutschland an die Wand. □



Gemeinsam mehr errei



„Europa als Aufgabe“ lautete das Motto des EU-Ratsvorsitzes der Tschechischen Republik. Inspiriert durch eine Rede von Präsident Václav Havel von 1996 in Aachen, in der er Europas Rolle in einer sich ändernden Welt beschrieb. Auch 2022 hat sich die Welt sehr verändert.

Unsere Tagespolitik prägen Ukraine-Krieg, Energiekrise und Inflation. Politik und Wirtschaft stehen vor immensen Aufgaben. Wie schon Václav Havel erkannt hat, können wir die großen Fragen der Zeit nicht mehr im Alleingang lösen. Es ist die Aufgabe aller EU-Mitgliedstaaten und unserer Verbündete, dass die Welt wieder in ihre Fugen gerät. Dazu bedarf es einer klaren Sprache aller Akteure, Partnerschaften müssen neu bewertet werden, ohne den offenen Handel zu gefährden, und Deutschland und Europa müssen sich souverän verteidigen können.

Angesichts der Verschiebung des globalen Machtgefüges muss die westliche Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch zusammenstehen. Der Wirtschaftsrat fordert seit Jahren ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Es ist absurd, dass die EU keine Freihandelsgespräche mit unserem wichtigsten Handelspartner und engsten Verbündeten führt. Der Handels- und Technologierat ist ein richtiger Schritt zur Weiterentwicklung der transatlantischen Handelsbeziehungen. Aber wir brauchen weitere zu einem vollumfänglichen Freihandelsabkommen. Ludwig Erhard sagte: „Wohlstand ist eine Grundlage, aber kein Leitbild für die Lebensgestaltung. Ihn zu bewahren ist noch schwerer, als ihn zu erwerben.“

Wenn wir Europäer unseren Wohlstand bewahren wollen, ist die Politik gefordert, den Rahmen so zu setzen, dass unsere Wirtschaft wächst. Damit unsere heimische Wirtschaft produzieren kann, benötigen wir verlässliche Lieferketten, Rohstoffe, Vorprodukte und Energie.

Mit dem Krieg in der Ukraine sprach Bundeskanzler Scholz von der

nun so oft beschworenen Zeitenwende. Ein 100 Milliarden Euro schweres Sondervermögen soll die Bundeswehr schnell und effizient wieder zur Verteidigungsfähigkeit im Ernstfall führen. Doch 2022 wurde davon kein einziger Euro ausgegeben, 2023 sollen es ganze 8,5 Milliarden sein. Kern des Problems ist das komplizierte, ineffiziente Beschaffungsverfahren in Deutschland. Bis das Sondervermögen greifen kann, wird die Inflation einen Großteil der Mittel aufgefressen haben.

Deutschland und Europa müssen selbst für ihre Sicherheit sorgen können. Mit der NATO – und insbesondere den USA – stehen uns starke Verbündete zur Seite. Mit der NATO besteht ein wehrhaftes Bündnis, das den Schutz Europas sicherstellt. Dies

Astrid Hamker

Präsidentin
Wirtschaftsrat der CDU e.V.



Foto: Neill Killius

„Es ist absurd, dass die EU keine Freihandelsgespräche mit unserem wichtigsten Handelspartner USA führt.“

wollen wir mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ergänzen. Für diese Werte müssen wir mehr denn je eintreten. Wenn wir in der Geopolitik des 21. Jahrhunderts als ernsthafter Akteur gehört werden wollen, geht das nur gemeinsam. Wir müssen europäischer werden und transatlantisch bleiben. □

chen



Foto: European Union 2022

Deutschland ist natürlicher Partner

Europa gemeinsam voranbringen, die Reihen schließen und den liberalen Kern wahren, stellt den Kern der Tschechischen Ratspräsidentschaft dar.

Die Feststellung, dass wir in bewegten Zeiten leben, ist inzwischen eine Binsenwahrheit geworden. Man könnte langsam annehmen, dass nichts schockierender wäre, als einem Hauch der Normalität zu begegnen. Dennoch stimmt es, dass bestimmte Dinge, die wir gerne als normal bezeichnen,

den verlaufenden Zeitenwenden zum Trotz weiterhin gültig sind. Die Qualität der deutsch-tschechischen Beziehungen etwa gehört dazu.

Dabei ist nicht nur die Qualität unserer Wirtschaftskooperation gemeint, die den meisten Deutschen auf Anhieb in den Sinn kommen mag. Sondern vielmehr die Qualität der deutsch-tschechischen Beziehungen – auch auf der menschlichen Ebene. Der einfache Blick auf die Anzahl der deutsch-tschechischen Projekte, die unsere Bürger in die Wege leiten und die der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds die Ehre hat zu fördern, spricht Bände: Es hat sich bereits herumgesprochen, dass auch die deutsch-tschechischen Beziehungen nicht nur wirtschaftlich Sinn, sondern auch Spaß machen!

Es ist daher für mich nicht nur eine Ehre und Freude, den Wirtschaftsrat der CDU e.V. und seine Gäste bei uns in der tschechischen Botschaft zum eigenen Außenhandeltag zu begrüßen. Es ist für mich auch ein Hauch der

Normalität in den sonst bewegten Zeiten. Das Thema des Außenhandeltags „Gemeinsam mehr erreichen – Wachstum für die Weltwirtschaft“ ist sehr passend. Der Akzent auf die Gemeinsamkeit, die Pflege der Geschlossenheit in Zeiten des barbarischen Kriegs Russlands gegen die Ukraine und unsere liberalen Werte liegt im Kern der aktuellen tschechischen Ratspräsidentschaft in der EU.

Deutsche Nachbarn sind für uns in all unseren Bemühungen um die Europäische Union, die transatlantische Gemeinschaft, die mitteleuropäische Region sowie um die ganze Weltwirtschaft, wo wir uns auch als deutsch-tschechisches Wirtschaftstandem eine starke Position errungen haben, natürliche Partner und Mitstreiter. Gemeinsam sind wir, Deutsche und Tschechen, zweifellos fähig, bei der Suche nach dem Weg in eine gute Zukunft wichtige Hilfe zu leisten. Und ganz sicher bin ich mir außerdem, dass es uns auch Spaß machen wird. □

Tomáš Kafka

Botschafter
Botschaft der Tschechischen
Republik in Berlin



Foto: Jens Schicke

„Gemeinsam sind Deutsche und Tschechen zweifellos fähig bei der Suche nach dem Weg Europas in eine gute Zukunft wichtige Hilfe zu leisten.“

Transatlantisches Bündnis stärken

Foto: AdobeStock©cunaplus

*Die Zusammenarbeit der EU mit den USA
ist nicht nur unter sicherheitspolitischen Aspekten ein Muss.*

Die „Zeitenwende“, die Bundeskanzler Scholz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Deutschen Bundestag ausgerufen hat, ist nicht vollendet. Sie hat erst begonnen! Kein benachbartes Land muss seine gesamte Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik in so dramatischer Weise neu austarieren wie Deutschland.

Es ist wichtig, sich in dieser Zeitenwende mit der Frage zu beschäftigen, wie sich mögliche oder tatsächliche strategische Verwundbarkeiten ökonomischer Art reduzieren lassen. Die Bundesregierung hat kein Instrumentarium, um systematisch solche Verwundbarkeiten zu definieren und darauf zu reagieren. Die Einrichtung eines umfassend zuständigen nationalen Sicherheitsrats oder der Ausbau des existierenden Bundessicherheitsrates ist deshalb überfällig.

Wenn es um Hilfe für die Ukraine geht, mache ich mir eine Überlegung zu eigen, die von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen geäußert wurde: Warum nicht die eingefrorenen 300 Milliarden Euro an russischem Vermögen arbeiten lassen? Das, was dabei an Dividende erzielt wird, könnte der Ukraine zugutekommen.

Wir müssen erkennen, dass in dieser neuen Lage eine enge Abstimmung über den Atlantik hinweg ein sicherheitspolitisches Erfordernis höchster Ordnung ist. Das gilt

auch, weil die schwersten Friktionen im transatlantischen Verhältnis um das Thema China kreisen werden. Wenn wir diese Spannungen in Zukunft reduzieren wollen, dann brauchen wir ein besser organisiertes Koordinierungsinstrumentarium. □

Wolfgang Ischinger

Präsident des
Stiftungsrates
Stiftung Münchner
Sicherheitskonferenz



Foto: Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (gemeinfrei) GmBH

In dieser Ära großer Herausforderungen ist Zusammenarbeit unsere einzige Option. Amerikanische und deutsche Unternehmen haben das Potenzial, die Märkte, in denen sie tätig sind, zu verändern. Die Kooperation von Pfizer und Biontech ist das beste Beispiel dafür. Es ist außerdem eine Bekräftigung unserer gemeinsamen Werte wie Meinungsfreiheit, demokratische Mitbestimmung und Achtung der Rechtsstaatlichkeit. Ich möchte die wissenschaftliche Zusammenarbeit hinzufügen. Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist einer der wichtigsten westlichen Werte und führt zu handfesten Erfolgen.

Anders als oft behauptet, haben transatlantischer Handel und Investitionen in den vergangenen zehn Jahren zugenommen. Deutschland ist heute der zweitgrößte Investor in der amerikanischen Wirtschaft. Die Industrie auf beiden Seiten des Atlantiks möchte den gegenseitigen Handel und die Investitionen weiter steigern. Und es gibt einen starken politischen Willen dies zu fördern. Doch um es richtig zu machen, muss Handel mehr sein als ungebremsste Liberalisierung und billige Waren.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir haben all dem nicht abgeschworen, aber nicht um den Preis einer weiteren Schwächung unserer Lieferketten oder Gefährdung unserer Produktionsstandorte. Was wir brauchen, ist eine zukunftsorientierte Partnerschaft, die nicht nur auf Krisen reagiert, sondern auf die Chancen der Zukunft baut. Noch nie war das deutsch-amerikanische Bündnis so wichtig wie heute. □

Woodward Clark Price

Gesandter
Botschaft der
Vereinigten Staaten
in Berlin



Foto: U.S. Embassy & Consulates in Germany



Foto: European Union 2023

Europäische Sicherheit wahren

Deutschland sollte begreifen, dass es mit der Unterstützung der Ukraine einer massiven Bedrohung der europäischen Sicherheit entgegentritt.

Warum ist die Unterstützung der Ukraine so wichtig? Die erste „Zeitenwende“ kam in Estland schon 2007 mit einer großen Cyber-Attacke. Es folgten Georgien und spätestens 2014 die Ukraine mit der Annexion der Krim. Die deutsche Antwort auf die Zeitenwende 2014 fiel zwiespältig aus. Einerseits bekannten sich Bundespräsident, Außenminister und Verteidigungsministerin auf der Münchener Sicherheitskonferenz dazu, dass Deutschland schneller, entschiedener und substantieller auf die russische Aggression antworten muss. Die zweite Antwort fiel gänzlich anders aus, sie hieß Nord Stream 2. Zwischen diesen beiden Extremen musste

sich Deutschland entscheiden. Und wir müssen dankbar sein, dass der Bundeskanzler Deutschland schließlich in eine „Zeitenwende“ geführt hat – mit seiner Rede am 27. Februar 2022 vor dem Deutschen Bundestag, quasi als letztes Land in Europa.

Was bedeutet das für die Ukraine? Sie steht vor einer dreifachen Herausforderung. Die Ukraine ist der Spielball in einem russischen Krieg. Russland führt keinen Krieg allein gegen die Ukraine, sondern einen Krieg gegen unsere Art zu leben. Russland führt einen Krieg gegen Europa und die regelbasierte internationale Ordnung. Die Ukraine ist nur der erste Schritt – danach könnten Moldau und das Baltikum dran sein. Die Ukraine leidet in höchstem Maße unter den Angriffen auf die kritische Infrastruktur. Der Krieg ist nicht allein ein militärischer Krieg, sondern ein brutaler Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Wir spüren inzwischen eine große Kriegsmüdigkeit. Was viele aber nicht wahrnehmen, ist die Tatsache, dass das europäische Umfeld ein Testfeld ist. Ein Testfeld für Russland und auch für China. Die regelbasierte Ordnung steht unter Druck.

Wie muss unsere Antwort lauten? Wenn die Ukraine diesen Winter übersteht und wir sie mit dem

notwendigen Material ausstatten, um diesen Krieg zu gewinnen, dann werden wir auch begreifen, dass wir damit einer massiven Bedrohung der europäischen Sicherheit entgegentreten. Deswegen wünsche ich mir folgendes erstes Zwischenfazit: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen, und Russland muss ihn verlieren. Und zwar in dem Sinne, dass Russland Reparationen zahlt, Kriegsverbrecher ausliefert und akzeptiert, dass die Souveränität der Ukraine mindestens in den Grenzen von vor dem 24. Februar 2022 durch eine internationale Schutztruppe gesichert wird – und schließlich unter dem nuklearen Schutz etwa der USA stehen wird.

Wenn die Ukraine dagegen in einen Waffenstillstand oder in ein Abkommen einer Art von „Minsk III“ gezwungen wird, zeigen wir der ukrainischen Bevölkerung, dass wir nicht an eine souveräne Ukraine in ihren alten Grenzen glauben. Bleiben diese Menschen in einem Land, das unter einer permanenten russischen Bedrohung steht? Das ist Putins Kalkül: Er zerbombt die kritische Infrastruktur, damit Millionen Menschen das Land als Flüchtlinge verlassen und unseren Zusammenhalt gefährden. Das dürfen wir nicht zulassen. □



Roderich Kiesewetter MdB

Obmann im
Auswärtigen Ausschuss
Stellv. Vorsitzender
des Parlamentarischen
Kontrollgremiums

„Russland führt einen Krieg gegen Europa und die regelbasierte internationale Ordnung.“



Foto: AdobeStock©/o.pix

Deutschland braucht viele enge Handelsabkommen und könnte den USA und Kanada Hilfe bei der Lösung der Probleme mit China anbieten.

Es war Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der 2016 gesagt hat: „CETA kann man machen, TTIP nicht.“ Damals war ich Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit. Der Premierminister von Kanada hat zu mir gesagt, „was habt ihr gegen ein Handelsabkommen mit dem harmlosesten Land der Welt?“, als wir über CETA diskutiert haben. Vor einer Stunde hat der Deutsche Bundestag CETA erfreulicherweise mit breiter Mehrheit verabschiedet.

Wir Europäer sollten den Amerikanern – den USA und auch Kanada – mit klaren Angeboten entgegenkommen. Signalisieren etwa, dass wir bereit sind, gerade Deutschland bereit ist, mit Amerika gemeinsam eine Strategie in der China-Frage zu entwickeln. Ich glaube, dass wir in dem großen Thema dieses Elefanten im Raum, was die Welthandelspolitik angeht, tatsächlich die Chance haben, mit China gemeinsam zu Guidelines für die zukünftige Entwicklung des Handels zu kommen. Daran hat China ein ebenso großes Interesse wie wir. Denn daran hängt sein Wohlstand und der ist die Machtbasis der kommunistischen Partei. China ist interessiert und angewiesen auf gute Handelsbeziehungen zu uns. Das

könnten wir wiederum nutzen, um gemeinsam Leitplanken zu definieren.

Der Leverage wäre viel größer, wenn nicht nur der deutsche Bundeskanzler nach Peking fährt und dort Vorträge hält, sondern wenn man in Peking wüsste, das ist die Stimme eines gemeinsamen Orchesters der EU, das dort auftritt. Ich könnte mir vorstellen, dass es für die amerikanische Politik ein interessantes Angebot ist, wenn man sagt, wir machen untereinander mehr Handel. Wir wollen vermeiden, dass wir uns wechselseitig durch zusätzliche Handelsbarrieren schwächen, so wie das unter der Trump-Administration mit Strafzöllen gewesen ist. So könnten wir den Amerikanern auch etwas bieten in der internationalen Handelspolitik, die in diesem Punkt auch weit mehr ist als nur Handelspolitik. Hier würde ich mir eine stärkere deutsche Rolle wünschen.

Die Antwort auf die Herausforderung der Rettung des auf Globalisierung aufbauenden Business-Modells, speziell Deutschlands, kann nur sein, mit möglichst vielen Partnern möglichst enge Handelsabkommen zu schließen. Es wäre wünschenswert, wenn das ein zentraler Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung wäre. Die Handelspolitik und die Zusammenarbeit mit

Amerika in der Handelsfrage China sind für mich die Schlüssel, mit denen wir neue Phantasie in diese ganze Diskussion bringen können.

Dennoch sagen möchte ich: Auch in der gegenwärtigen Krise erleben wir, dass die Wirtschaft ganz stark nach direkter oder politisch flankierender Hilfe ruft. Als jemand, der neun Jahre lang auch einmal Vice-President in einem großen deutschen Familien-

Jürgen Hardt MdB

Außenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



Foto: Tobias Koch

„Deutschland sollte die an sich handelsfreundliche Grundstimmung in der EU wieder mit neuen Ideen befruchten.“

unternehmen war, was übrigens auch in China produziert, bin ich der Meinung: Es gehört zum Management dazu, die Sicherheit, die Stabilität der Lieferketten genauso im Auge zu haben wie die Qualität der Produkte und den Absatz. □

■■■ NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN ■■■

HIGHLIGHT-TALK

Ministerpräsident Daniel Günther setzt auf massiven Wind-Ausbau

Wie kann die Klimaneutralität wirtschaftlich gelingen? Das war der Kern der Diskussion, der sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident stellte. Daniel Günther MdL



hob die große Herausforderung hervor und betonte die Bedeutung seines Bundeslandes als grüner Stromproduzent. Er erläuterte, wie durch eine klare und schnelle Planung die Windkraftkapazität von derzeit rund 7,5 auf 15 Gigawatt bis 2030 verdoppelt werden soll.

Der Ministerpräsident nannte Wasserstoff als zentrales Zukunftsfeld und verwies auf innovative Projekte von Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein, die Wasserstoff aus erneuerbaren Energien gewinnen. Er hob hervor, dass die im vergangenen Jahr fertiggestellten Flüssiggasterminals so gebaut wurden, dass sie auch Wasserstoff und andere grüne Gase aufnehmen können. Damit sollen künftig auch Gaskraftwerke versorgt werden.

Daniel Günther sprach sich für einen Industriestrompreis aus, um den Standortnachteil hoher Energiekosten auszugleichen. Er plädierte dafür, ideologiefrei zu denken und sich neuen Realitäten anzupassen. Der Ministerpräsident betonte, selbst seine Meinung zur CO₂-Speicherung und zu den Innovationen im Bereich der Kernenergie geändert zu haben.

Er warb dafür, die Transformation zur CO₂-Neutralität mit Optimismus anzugehen und zeigte sich offen für Anregungen der Unternehmer für eine wirtschaftlich erfolgreiche Energiewende. □

Foto: Laurence Chaperon

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND WERTSCHÖPFUNG 4.0

Brüsseler Regelflut könnte Europa als KI-Standort schwächen

Die deutsche Wirtschaft hat gute Chancen, mit Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz (KI) eine Führungsrolle in der Wertschöpfung 4.0 zu erlangen. Mit KI lassen sich maschinelle Prozesse optimieren und ein Mehrwert aus Daten generieren. Gerade im Maschinen- und Anlagenbau birgt dies große Potentiale. Doch oft wird KI eher mit Risikoszenarien begegnet als die Chancen in den Fokus zu nehmen. Um die Entwicklung und den Einsatz von KI in Europa zu regulieren, hat die EU-Kommission 2021 einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorgelegt. Dieser AI Act wird seit zwei Jahren intensiv in Brüssel beraten. Der EU-Ministerrat hat sich im Ende 2022 dazu positioniert, jetzt schaut man gespannt auf die Beratungen im EU-Parlament.

Im Laufe der Konsultationen von Ministerrat und Europäischem Parlament sind Anforderungen in die KI-Regulierung eingegangen, die weit über das Kernanliegen der Europäischen Kommission hinausgehen. Mit einer starken Fokussierung auf die

HIGHLIGHT-TALK

Ministerpräsident Michael Kretschmer mahnt Versorgungssicherheit an

Die Weltordnung wird durch die Corona-Krise, die starke Inflation und die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine durcheinandergebracht, sagte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer MdL, in einer Highlight-Videoconferenz des Wirtschaftsrates. Dies führe zu Lieferengpässen und steigenden Energiekosten, die eine enorme Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands darstellten. Die Menschen sorgten sich um die Versorgungssicherheit. Michael Kretschmer sagte klar, dass der Atomausstieg in der derzeitigen Situation ein großer Fehler sei. Er sehe keine Alternativen, um den Energiemangel auszugleichen. Der Strom aus Wind- und Solarenergie könne ohne fossile Energieträger nicht die benötigte Leistung liefern.



Der Ministerpräsident kritisierte auch die ausschließliche Fokussierung auf E-Mobilität als falschen Weg, der Deutschland und Europa in der Innovationsfähigkeit einschränke. So würde man sich erneut von einzelnen Energieträgern abhängig machen.

Der Brexit schwäche die EU zusätzlich, beklagte Michael Kretschmer. Deshalb müsse dafür gesorgt werden, dass kein weiteres Land aus der EU austritt und Europa nachhaltig gestärkt wird. Bestehende Systeme müssten sich in einer modernen Welt an die häufig neu entstehenden Probleme anpassen. Die Soziale Marktwirtschaft habe in der Geschichte gezeigt, dass mit der Rückbesinnung auf die Grundwerte Ludwig Erhards Krisen nachhaltig überwunden werden können. Umso mehr müsse die Politik die Soziale Marktwirtschaft wieder zu ihrem Kompass machen. □

Foto: CDU Landesverband

Verbraucherperspektive, die gar nicht im Mittelpunkt der Anwendungen steht, und einer Hochrisiko-Betrachtung droht der EU-Regulierungsansatz industrielle Anwendungspotentiale für Innovationen zu ersticken.

Aus diesem Grund äußern sich auch Mitglieder der Bundesfachkommission „Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0“ des Wirtschaftsrates kritisch zum EU AI Act.

Sie haben dem Co-Berichtersteller der EVP-Fraktion im EU-Parlament, Axel Voss MdEP, ihre Bedenken mitgeteilt. Die derzeitigen Forderungen des Europäischen Parlaments würden der Digitalisierung der Wirtschaft einen Bärendienst erweisen. Dem AI Act fehlt ihrer Ansicht nach eine Balance zwischen Regeln und Freiräumen für Innovationen – so sehen es auch der Europa-abgeordnete Axel Voss und die Digitalministerin des Landes Hessen, Prof. Kristina Sinemus. □

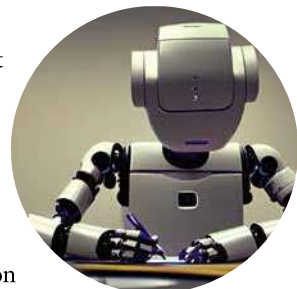


Foto: AdobeStock/Shafay

ARBEITSMARKT-UND ALTERSSICHERUNG

Maß halten bei den Tarifabschlüssen

Der Wirtschaftsrat appelliert an die Tarifpartner, bei ihren Lohnabschlüssen vernünftig zu sein. Besonders unverständlich sind derzeit die Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nach 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 500 Euro zusätzlich. Angesichts der Beschäftigungssicherheit im öffentlichen Dienst ist es gerade in der Krise nicht nachvollziehbar, dass die für diesen Sektor geforderten Lohnsteigerungen noch die Tarifforderungen der Industriegewerkschaften übersteigen. Die Energiepreisexplosion bedeutet einen Wohlstandsverlust für alle, weshalb ein Inflationsausgleich nicht realistisch ist. Moderate Tarifabschlüsse sind zudem wichtig, damit sich die Lohn-Preis-Spirale nicht noch schneller dreht. Die harte Wahrheit ist: Die deutsche Volkswirtschaft wird insgesamt ärmer, wenn wir mehr Geld an die Länder zahlen müssen, die uns fossile Energieträger, Metalle und Agrarrohstoffe liefern.



Diese Wohlstandsverluste betreffen alle. Eine bestimmte Gruppe von Beschäftigten von der höheren Inflation gänzlich freizustellen und stattdessen alles dem Steuerzahler aufbürden zu wollen, ist inakzeptabel. Dies gilt umso mehr, als der Steuerzahler in aller Regel selbst von Reallohnverlusten betroffen ist und womöglich zusätzlich noch um seinen Arbeitsplatz bangt. Lohnzurückhaltung ist angesichts der schwierigen ökonomischen Situation in Deutschland geboten. So gehen Wirtschaftsprognosen davon aus, dass Deutschland 2023 hart am Rande einer Rezession entlangschrammen wird. Damit wird unser Land zum Schlusslicht unter den großen Industrienationen. Gleichzeitig würden hohe Lohnsteigerungen die Kosten der Arbeitgeber in die Höhe treiben und so die Inflation weiter befeuern. Wenn sich die Lohn-Preis-Spirale immer schneller dreht, profitiert am Ende niemand, sondern alle verlieren. Umso nachdrücklicher plädiert der Wirtschaftsrat für maßvolle Tarifabschlüsse.

ENERGIE FÜR MOBILITÄT

Bundesregierung greift Forderung nach Zulassung von E-Fuels auf

In einer Allianz mit anderen Verbänden und Unternehmen hat der Wirtschaftsrat ein Positionspapier veröffentlicht, in dem die Zulassung von paraffinischen Dieselmotorkraftstoffen, darunter HVO100, gemäß DIN EN 15940 gefordert wurde. Das Papier hat im verkehrspolitischen Berlin breite Aufmerksamkeit erregt. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, Oliver Luksic MdB, unterstützte den Vorstoß und schloss sich der Forderung an. Die Ampel-Koalition verständigte sich darauf, den Rechtsrahmen der 10. Bundes-Immissionsschutzverordnung zu erweitern, um paraffinische Kraftstoffe in Reinform zuzulassen. Der Entschließungsantrag wurde Anfang März im Deutschen Bundestag debattiert und angenommen.

HVO100 kann den CO₂-Ausstoß bestehender Flotten kurzfristig um bis zu 90 Prozent senken. Der Kraftstoff ist bereits im industriellen Maßstab verfügbar und in der Praxis erprobt. Zudem

HIGHLIGHT-TALK

Thorsten Frei MdB: Deutschland braucht eine neue Angebotspolitik

Ein Jahr nach Beginn des Ukraine-Kriegs sind viele ökonomische Fragen noch immer offen. Lieferketten sind unterbrochen, die Energieversorgung ist instabil, und die Inflation erreicht Rekordwerte. Der Wohlstand Deutschlands steht auf dem Spiel. Verschlimmernd wirkt die interventionistische Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Eingriffe in den Markt, Verstaatlichungen von Unternehmen, Diskussionen über Enteignungen und Zufallsgewinnsteuern sowie mangelnde Diversifizierung der Energiequellen gefährden den Wirtschaftsstandort Deutschland. Entscheidend aus Sicht des Wirtschaftsrates: Die Bundesregierung muss angebotsorientierte Strukturreformen auf den Weg bringen oder sie gefährdet den Wohlstand der gesamten Bevölkerung. Statt zusätzlicher Regulierungen sind Deregulierungen und Steuererleichterungen notwendig.



Vor diesem Hintergrund hat der Wirtschaftsrat mit dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei MdB, beraten. „Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist mehr als besorgniserregend und muss daher mit besonderer Intensität gestärkt werden. In den vergangenen Krisen konnten durch das verarbeitende Gewerbe, also durch die Industrie, wirtschaftliche Abwärtstrends kompensiert werden“, betonte er. Durch die hohen Energiepreise sei nun vor allem dieser Bereich stark betroffen und gefährde die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Es brauche daher eine neue und zielgerichtete Angebotspolitik in Deutschland, um den Wertschöpfungsanteil der Industrie zu steigern. Dazu bedürfe es einer zeitnahen Abkehr von ideologiebasierter Energiepolitik. Neben einer preiswerten, sicheren Energieversorgung brauche es eine Entbürokratisierung bei Infrastrukturvorhaben. Nur ein breit ausgebautes und funktionierendes Straßennetz garantiere den wirtschaftlichen Verkehrsfluss.



soll es zukünftig möglich sein, auch synthetische Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, in Reinform an deutschen Tankstellen zu tanken. So könnten Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor bilanziell klimaneutral betrieben werden. Bislang waren E-Fuels nur als Beimischung verfügbar. Jetzt liegt der Spielball bei der Bundesregierung, konkret im Bundesumweltministerium. Es muss einen Entwurf zur Anpassung der Bundes-Immissionsschutzverordnung vorlegen. Da es sich bei der Verordnung um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt, muss außerdem der Bundesrat zustimmen. Die Unterstützung gilt als sicher, da neben der Ampel-Koalition die CDU das Vorhaben unterstützt. Die FDP beabsichtigt, paraffinische Kraftstoffe ab 2024 in Reinform in Deutschland zuzulassen. □

Impressionen

Erster Außenhandelstag des Wirtschaftsrates

Gemeinsam mehr erreichen – Wachstum für die Weltwirtschaft



Fotos: Jens Schicke

Angesichts der derzeit äußerst angespannten außenpolitischen Lage hatte der Wirtschaftsrat erstmals zu einem Außenhandelstag geladen. Die Tagung diente dazu, Wirtschaft, Politik und Diplomatie ins Gespräch zu bringen. In Anbetracht der Verschiebung des globalen Machtgefüges muss die westliche Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch zusammenstehen. Der Wirtschaftsrat fordert seit Jahren

ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Im Fokus der Panels standen die transatlantischen Beziehungen. Die Forderung nach Abschluss eines transatlantischen Freihandelsabkommens sowie einem engeren Schulterschluss mit unseren Verbündeten wurde erneut deutlich gemacht. Die aktuelle weltpolitische Dynamik erfordert von Washington D.C. und Brüssel, auf jeglichen Protektionismus zu verzichten. □

Der politische Krisenmodus der letzten Jahre hat seine Spuren hinterlassen: Kurz-sichtige, von der Politik als Antwort auf die Herausforderungen der Coronakrise, des Ukrainekrieges und des Klimawandels beschlossene Maßnahmen gefährden die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes und Sozialstaates. Der Junge Wirtschaftsrat kritisiert diese Entwicklung und hat in einem Positionspapier Anforderungen an eine nachhaltige

Schulen, um Jugendlichen von Anfang an Einblicke in Unternehmertum und IT-Berufe zu geben.

Um die vielfach geforderte Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gewährleisten zu können, sprechen sich die jungen Unternehmer für entsprechende Maßnahmen auch bei Solo-Selbstständigen aus. Das gelte auch für die Pflege von Familienmitgliedern, die in diesem Zusammenhang stärker Berücksichtigung finden müsse.

tionen, also Thinktanks, zukünftig vermehrt mit der Erforschung von Digitalthemen zu beauftragen. Deutschland brauche zudem eine bundesweit einheitliche Digitalstrategie. So sollte die Bestellung von Ausweisen in allen Bundesländern gleich und gleich einfach sein.

Außerdem gelte es, das Thema Datenschutz wettbewerbsfähig auszugestalten, also einen Ausgleich zwischen dem Schutz privater Daten und neuen Verwertungsinteressen zu

Generationengerechtigkeit verbessern



Foto: AdobeStock@mhp

Junge Unternehmer entwickeln eine Vision für Deutschland im Jahr 2030.

und auf Generationengerechtigkeit ausgerichtete Politik im Jahr 2030 erarbeitet.

Als einen wichtigen Baustein sieht der Junge Wirtschaftsrat dabei die Sensibilisierung der Generationen Z und Alpha für die sie erwartenden Herausforderungen. Den fundamentalen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit eines Landes zu vermitteln, sei ein wichtiges Ziel in der Bildungspolitik, das derzeit nicht erreicht werde. Der Junge Wirtschaftsrat fordert mindestens zwei Wochenstunden verpflichtenden projektbasierten Unterricht an allen weiterführenden

Aus Sicht des Jungen Wirtschaftsrates müssen politische Entscheidungen generell strategisch und vorausschauend getroffen werden. Gefördert werden dürfe nur das, was nachweislich sinnstiftend sein kann und seinen Zweck erfüllt hat. Dazu gehöre auch die Anreizsetzung von in der Vergangenheit erfolgreichen Förderungen.

Zentral für die künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands seien auch der Ausbau der kritischen Infrastruktur, der Bürokratieabbau und die Digitalisierung der Verwaltung. Der Junge Wirtschaftsrat plädiert dafür, außerpolitische Institu-

schaffen. Die Fachkräfteknappheit in den Bereichen Informationstechnik und Künstlicher Intelligenz möchte der Junge Wirtschaftsrat durch eine Überarbeitung des Einwanderungsgesetzes für die gezielte Steuerung qualifizierter Zuwanderung lindern. Deutschland müsse sich zukünftig auf diejenigen konzentrieren, die das Land voranbringen können und auch wollen. □

► Zum Download des vollständigen Positionspapiers gelangen Sie hier:



Impressionen

Finanzmarktklausur 2023

Die Transformation der Wirtschaft zwingt uns wesentliche Felder der Wirtschafts- und Finanzpolitik vollkommen neu zu denken. Die Finanzmarktklausur des Wirtschaftsrates hat sich in den letzten Jahren zu einer wichtigen Plattform für strategische wie politische Leitlinien der Finanzmarktpolitik in Europa etabliert. Zentrale Fragen: Wie bewältigen wir die geopolitischen Risiken, die anhaltende Inflation, die hohen Staatsschulden und gleichzeitig die Digitalisierung und den Klimawandel nach mehreren Krisen in einer wirtschaftlich schwierigen Situation? Kehren wir zur Sozialen Marktwirtschaft zurück oder gehen wir den Weg einer politisch gesteuerten Industriepolitik? Über diese Themen tauschten sich renommierte Vertreter aus der Finanzbranche, der Politik, den Ministerien und der Wissenschaft aus.

„Was wir brauchen ist eine zügige Umsetzung der Kapitalmarktunion und eine Regulierung mit Augenmaß.“

Christian Sewing

Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bank AG

„Ohne deutlich mehr Kreditverbriefungen droht Europas Banken ein gefährlicher Wettbewerbsnachteil.“

Lutz Diederichs

CEO, BNP Paribas Deutschland und Vorsitzender der Bundesfachkommission Finanzmarkt- und Währungspolitik im Wirtschaftsrat

„Die Bafin ist mutiger geworden und geht transparenter vor, auch wenn die Behörde noch nicht da steht, wo sie stehen sollte.“

Mark Branson

Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

„Führende Banken diskutieren Möglichkeiten von Wachstum und Investitionen. Gerade hier ist eine enge Zusammenarbeit des Vereinigten Königreiches mit Deutschland essentiell.“

Andrew Griffith

City Minister & Economic Secretary to the Treasury, United Kingdom



Fotos: Jens Schicke

Deutschland befindet sich in fünf großen Transformationen – der Neubewertung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, dem Klimawandel, dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und der Modernisierung unserer (Verkehrs-)Infrastruktur. Allein diese Themen erfordern massive Investitionen. Eine europäische Kapitalmarktunion könnte diese Mittel mobilisieren und auch in der Finanzbranche das bisher liegengelassene Potenzial des Binnenmarktes heben.



„Die deutsche Wirtschaft besitzt eine große Leistungsfähigkeit, gerade in der Zusammenarbeit von Finanzsektor und Realwirtschaft.“

Dr. Jörg Kukies
Staatssekretär im Bundeskanzleramt



„Wir haben es mit einer sehr hartnäckigen Inflationsentwicklung zu tun. Deutschland braucht eine restriktive Wirtschaftspolitik ohne Steuererhöhungen.“

Prof. Dr. Lars P. Feld
Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie Direktor des Walter Eucken Instituts



„Krisen können immer auch Chancen sein. So wie die Corona-Krise der Treiber für die Digitalisierung gewesen ist, ist die Energiekrise der Treiber für den Klimawandel. Wir sollten nicht den Glauben an unsere Stärken und Widerstandsfähigkeit in Europa verlieren.“

Nicolo Sansalo
CEO der HSBC



„Mit dem derzeitigen Unternehmenssteuerecht ist Deutschland nicht wettbewerbsfähig. In Deutschland und Europa gibt es viele Befürworter einer neuen Schuldenpolitik.“

Dr. Florian Toncar
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen



„Deutschlands Wohlstand und Wirtschaftskraft ist auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft gewachsen und dieses Fundament muss man wieder stärken.“

Uwe Fröhlich
Co-Vorstandsvorsitzender der DZ Bank

„In einer Welt im digitalen Wandel wird sogar das Geld an sich neu gedacht. Die Bundesbank steckt mit ihrem Engagement im Projekt zum digitalen Euro mittendrin.“

Prof. Dr. Joachim Wümeling
Mitglied des Vorstands, Deutsche Bundesbank

Text: Jan Strache

In den mehr als 80 Jahren ihres Bestehens hat die Jäger Group manche Höhen und Tiefen deutscher Wirtschaftsgeschichte miterlebt. 1942 als Handelsunternehmen von Arnold Jäger senior in Hannover gegründet, gelang dem Unternehmen in den folgenden Jahrzehnten der Aufstieg zu einem weltweit operierenden Konzern, der mit seinen 13 Gesellschaften Lösungen aus Gummi und Kunststoff anbietet. „Die Jäger Group ist durch ihre Internationalität und ihre vielen Nischenmärkte, unter anderem im Agrartechnikbereich, sehr krisenresilient. Unsere ausländischen Tochtergesellschaften sichern aufgrund der starken Intercompany-Verflechtungen unsere deutschen Arbeitsplätze“, erklärt Marius-Quintus Jäger, der das Familienunternehmen gemeinsam mit seinen Brüdern Dr. Andreas und Sebastian Jäger in der dritten Generation führt.

Die derzeitige Gemengelage aus massiven Preissteigerungen und einer

schwächelnden Konjunktur bereitet ihm deshalb aus unternehmerischer Sicht wenig Sorgen. Als Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates Niedersachsen, dem Marius-Quintus Jäger seit Oktober 2021 vorsteht, spricht er jedoch die Probleme, mit denen er die deutsche Wirtschaft konfrontiert sieht, offen an: „Finanzkrise, Euro-Krise, Pandemie, Ukrainekrieg und Energieschock – seit gut 15 Jahren handelt sich die Weltwirtschaft von Krise zu Krise, immer wieder aufgerichtet durch gigantische Rettungspakete der Regierungen und Notenbanken. Die Zeit des billigen Geldes, der extrem niedrigen Kapitalmarktzinsen und kaum messbarer Inflationsraten ist vorbei.“ Der Ukrainekrieg sei dabei nicht die Ursache dieses Wandels, verstärke und beschleunige ihn aber.

Der Einsatz für die Modernisierung der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist für den 55-Jährigen daher ein besonderes Herzensprojekt. „In einer Welt, in der der Staat zunehmend durch Regulierung in die Wirtschaftsprozesse

eingreift, ist es sehr wichtig, sich auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft zurückzubessern und diese einzufordern.“ Der Staat müsse wieder zu seiner Schiedsrichterrolle in der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren und eine effiziente, anwendungsorientierte und digitalisierte Bürokratie sicherstellen.

Eine besondere Rolle komme dabei dem Wirtschaftsrat zu. „Was den Wirtschaftsrat auszeichnet, ist die Branchen-Unabhängigkeit des Verbands. Er setzt sich nicht zum Vorteil einzelner Unternehmen oder Branchen ein, sondern fungiert als die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft.“ Der direkte Zugang zur und der Dialog der Mitglieder mit der Politik über ihr ehrenamtliches Engagement in den Bundes- und Landesfachkommissionen sowie den Sektionen sei einzigartig. „Politik und Wirtschaft sind im Hinblick auf Generationengerechtigkeit gemeinsam gefordert, in den Zukunftsgestaltungsmodus umzuschalten. Ziel unserer ehrenamtlichen Arbeit im Landesvorstand,

„Ökonomie und Ökologie dürfen kein Gegensatz sein“



Foto: AdobeStock©photoschmidt

in den Landesfachkommissionen und Sektionen ist es, die Bedürfnisse zukünftiger Generationen in Niedersachsen nachhaltig zu sichern“, erklärt Marius-Quintus Jäger.

Dies bedeute vor allem, Ökologie und Ökonomie miteinander in Einklang zu bringen. „Die Kunst für die Politik wird es sein, fernab jeglicher ideologischer Barrieren die Energieversorgung sicherzustellen und die Energiewende voranzutreiben. Dazu bedarf es einer nationalen Anstrengung, des Abbaus von regulatorischen Hindernissen und schneller Genehmigungsverfahren.“ Wenn dies gelinge, könne Deutschland aufgrund der Erfindungs- und Innovationskraft der Wirtschaft mittelfristig als Gewinner aus der heutigen Krise hervorgehen. Für seine Arbeit als Landesvorsitzender kann der Naturfreund und begeisterte Reiter Marius-Quintus Jäger auf Erfahrungen aus dem eigenen Unternehmen zurückgreifen: „Seit der Einführung unseres Energiemanagementsystems im Jahr 2013 ist es der Jäger Group gelungen, etwa 40 Prozent der Energie pro in Deutschland produzierter Einheit einzusparen.“

Eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende sei die Förderung neuer und nachhaltiger Technologien und Geschäftsmodelle. „Statt einzelne Trend-Technologien zu protegieren, muss der Staat Technologieoffenheit gewährleisten und damit die Voraussetzung für Innovationen schaffen“, fordert der Diplom-Kaufmann. In Niedersachsen – neben Bayern das führende Agrarland Deutschlands – komme der lokalen Agrar- und Ernährungswirtschaft dabei eine besondere Bedeutung zu.

Neben einer offenen, sachlich orientierten und differenzierten Diskussionskultur zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit seien auch solide Staatsfinanzen für die Zukunft des Landes unerlässlich. „Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 hat sich die Staatsverschuldung in der Euro-Zone von 6,2 auf 12,4 Billionen Euro verdoppelt. Das Geld, das wir wirtschaftspolitisch benötigen, um die Energiewende und Transformati-

Foto: Arnold Jäger Holding GmbH



Marius-Quintus Jäger

ist seit Oktober 2021 Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen. Der Diplom-Kaufmann leitet gemeinsam mit seinen Brüdern Dr. Andreas und Sebastian Jäger die in Hannover ansässige Jäger Group. Als Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates hat er sich zum Ziel gesetzt, die technologieoffene, mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur zu stärken und innovative, nachhaltige Lösungen für die Umwelt sowie die Bildungs- und Sozialsysteme zu erarbeiten.

on der deutschen und europäischen Wirtschaft zu meistern, scheint ausgegeben. Weitere Schulden zu finanzieren, ist keine Alternative“, resümiert Marius-Quintus Jäger.

Mehr Nachhaltigkeit wünscht sich der Landesvorsitzende auch mit Blick auf den Sozialstaat: „Leistungsanreize und Bildung sind der Schlüssel zu Innovationen und zur nachhaltigen Finanzierung der Sozialsysteme. Was

„Die Zeit des billigen Geldes, der extrem niedrigen Kapitalmarktzinsen und kaum messbarer Inflationsraten ist vorbei.“

verteilt wird, muss vorher erwirtschaftet werden.“ Die Politik müsse die richtigen Anreize setzen, damit sich Leistung wieder lohne. Um die Leistungsfähigkeit der Unternehmen langfristig sicherzustellen, müssten sich außerdem die Bildungsinhalte stärker an den Bedürfnissen der Arbeitswelt orientieren. „Zur Lösung des Fachkräftemangels brauchen wir aber

auch qualifizierte Zuwanderung. Dazu ist es erforderlich, die Hürden zur Anerkennung der beruflichen Qualifikation abzusenken. Das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem sollte dabei nicht der Maßstab sein. Vielmehr zählt auch die Berufserfahrung oder der Wille zu arbeiten“, erklärt Marius-Quintus Jäger.

„Wir wollen gemeinsam mit der Politik unsere technologieoffene, mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur stärken und innovative, nachhaltige Lösungen für unsere Umwelt sowie die Bildungs- und Sozialsysteme erarbeiten“, fasst der Landesvorsitzende die Ziele des Wirtschaftsrates Niedersachsen zusammen. Dabei fühlt sich der Unternehmer stets den Werten verpflichtet, die auch die Jäger Group zu einem erfolgreichen Unternehmen gemacht haben: „Als Familienunternehmer in der dritten Generation versuche ich, so gut wie es mir möglich ist, nach den Werten der Familie in Bezug auf unser Unternehmen und unsere Unternehmenswerte zu handeln, um somit unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.“ □



Foto: Jens Schieke

„Der Wirtschaftsrat arbeitet für den ‚Wohlstand für alle‘ und die Freiheit des Einzelnen“

Wolfgang Steiger

Generalsekretär des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Soziale Marktwirtschaft ist die beste Wahl

Das Wirtschaftswunder der 50er Jahre hat viele Mütter und Väter. Ein wichtiger war sicher Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister, Bundeskanzler und als einer unserer Mitbegründer vor 60 Jahren den Deutschen ihren Stolz zurückgab. Und mit der Sozialen Marktwirtschaft Freiheit und soziale Sicherung zu zwei Seiten einer Medaille machte. Wirtschaftlicher Erfolg, höchster Anspruch an das Geleistete und selbst aufgebaut, oft noch bescheidener Wohlstand, bildete das Fundament einer wieder zu sich findenden Gesellschaft. „Made in Germany“ anfangs belächelt, wurde nicht nur Qualitätsmerkmal, sondern auch Symbol eigener Identität. Der rasche wirtschaftliche Erfolg verschaffte der noch fragilen Demokratie zudem die dringend notwendige Legitimation.

Die Hauptrolle spielte hier die Soziale Marktwirtschaft. Sie gleicht wie kein zweites System Renditestreben mit dem Wohlstandstreben der breiten Bevölkerung aus. Ihr verdanken wir einen fairen Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, der das Eigeninteresse der Angestellten an einer wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung ihres Betriebes ermöglichte. Die Soziale Marktwirtschaft lenkt Leistungsbereitschaft von selbst in die richtigen Bahnen und vergisst dabei nicht jene, die Hilfe zur Selbsthilfe brauchen.

Unsere Geschichte zeigt, wie wichtig die Soziale Marktwirtschaft ist, um gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern. Abschwünge und wirtschaftliche Ängste treiben auch in den stabilsten Demokratien Bürger in die Arme von Menschenfängern an den politischen Rändern. Nur verantwortungsbewusstes Unternehmertum kann in Kombination mit einem

Staat, der Vertrauen in den Fleiß und die Innovationskraft seiner Bürger hat, dauerhaft Wohlstand für die Mitte generieren. Die Soziale Marktwirtschaft war immer eine Absage an linkes Revoluzzertum und enthemmten Manchesterkapitalismus. Sie hat sich als Erfolgsmodell des Ausgleichs, des Kompromisses und des Zusammenhalts bewährt.

Doch ist die Soziale Marktwirtschaft weder ein Automatismus, noch selbstverständlich. Aktuell bedroht sie durch unsere nachlassende Wirtschaftskraft – zu hohe Steuersätze und Energiepreise sowie überbordende Bürokratie wiegen schwer. Deutschland muss sich wieder auf seine Stärken besinnen. Auch heute noch bietet die Soziale Marktwirtschaft die richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Die Modernisierung unseres Landes mit Energiewende und digitalem Wandel, kann nur in ihren Leitplanken erfolgreich umgesetzt werden und auch nachfolgenden Generationen ein Wohlstandsversprechen geben.

Gleichzeitig darf das System nicht in Schieflage geraten. Die Soziale Marktwirtschaft ist auch wirtschaftliche Sicherung der Schwachen und Zusammenhalt von Bedürftigen und Leistungsträgern. Doch auch die stärksten Schultern geben unter einer zu großen Last nach. Nur wenn alle, die es können, ihren Teil dazu beitragen, wird es gelingen Deutschlands einmalige wirtschaftliche Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben.

Als Wächter über die Soziale Marktwirtschaft begleitet der Wirtschaftsrat die Politik. Wir werden laut, wenn Schieflagen entstehen und legen unsere Finger in politisch geschlagene Wunden. Wir arbeiten für den „Wohlstand für alle“ und die Freiheit des Einzelnen. Das ist seit sechzig Jahren unser Auftrag und unsere Leidenschaft, daran halten wir fest. □

Rückblick Einblick Ausblick



Nordrhein-Westfalen

Jens Spahn MdB bei der Landesfachkommission Energie- und Umweltpolitik

Spätestens mit dem Ukraine-Krieg ist die Verletzlichkeit der deutschen Wirtschaft bei der Energieversorgung offen zutage getreten. „Alles, was Strom produzieren kann, muss ans Netz“, forderte daher der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jens Spahn MdB gegenüber der Landesfachkommission Energie- und Umweltpolitik. Die derzeitige Lage erfordere eine pragmatische und von Technologieoffenheit geprägte Energiepolitik. „Es geht darum, die erneuerbaren Energien auszubauen, das gehört ganz sicher zu unserem Blick auf Technologieoffenheit. Wir sollten uns aber ebenso mit der Kohlenstoffabscheidung und -nutzung beschäftigen.“

Kernkraftwerke der vierten Generation, die Kernfusionsforschung und E-Fuels gehörten ebenfalls auf die politische Tagesordnung. In diesem Zusammenhang unterstrich Jens Spahn die Bedeutung der Automobilindustrie für den Standort Deutschland: „Wir können es uns nicht leisten, den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen. Auch nach 2035 wird es Verbrenner geben.“

Bei all diesen Maßnahmen sei Tempo geboten. „Das kann funktionieren, wie man beim Bau der LNG-Terminals sieht.“ Die Folgen des Ukrainekrieges hätten sich schließlich nicht dank des milden Winters quasi von alleine erledigt, sondern blieben bestehen. „Der schwierige Teil kommt noch, im nächsten Winter nämlich.“



v.l.n.r. Landesgeschäftsführer Frank-Norbert Oehlert, Jens Spahn MdB, Dr. Hans-Jürgen Brick, Vorsitzender der Landesfachkommission und Vorsitzender der Geschäftsführung der Amprion GmbH, Dr. Oliver John, Leiter internationale Regulierung und Marktentwicklung, Amprion GmbH

Foto: Ulrich Gunka

Deutschland muss seine außenpolitischen Ziele neu definieren

Der Blick über den friedlich dahinfließenden Rhein konnte über die harten Fakten, die Dr. Norbert Röttgen MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, im Austausch mit der Sektion Bonn/Rhein-Sieg präsentierte, nicht hinwegtäuschen.

Der Politiker forderte, dass in der Außenpolitik strategischer gedacht werden müsse. Lange Zeit dachte man, dass die Grundfrage nach Krieg und Frieden in Europa gelöst sei. „Krieg darf sich nicht lohnen“, stellte Norbert Röttgen klar. Ansonsten bliebe er in Europa. Insbesondere die osteuropäischen Staaten würden um ihre Sicherheit fürchten. 2014 sei ein Ordnungs- und Friedenszyklus beendet worden, der 1989 mit dem Mauerfall begonnen habe. Um die Neuordnung werde aktuell gekämpft.

Der Ukraine-Krieg habe die USA wieder stärker nach Europa gebracht. Ob dies auch unter einer anderen Administration so bleibe, sei aber zweifelhaft. Als eine ebenso große Herausforderung müsse man die neue Außenpolitik Chinas sehen. Nach zwei Jahrhunderten der Schwäche halte die chinesische Führung den Zeitpunkt für gekommen, dass China wieder als Mittelpunkt der Welt gesehen werde. Daher begegne man der liberalen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Westens – vornehmlich der USA – negativ und sei auf eine Auseinandersetzung mit den USA fixiert. Die USA hätten diese Lage erkannt und verteidigten ihren technologischen Vorsprung.



Dr. Norbert Röttgen MdB plädierte beim Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen für eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik

Foto: Wirtschaftsrat

Hessen

Jahresauftakt mit Generalsekretär Wolfgang Steiger in Dreieich



Auf Einladung des Vorstands der Sektion Offenbach war zum Jahresauftakt in Dreieich der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, zu Gast. Die neue Bundesregierung aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen habe jetzt mehr als ein Jahr Zeit gehabt, die Arbeit aufzunehmen: Corona, Ukraine, Inflation, Lieferengpässe, Verkehrswende und Energiepreise – die Themen und Probleme seien vielfältig, bilanzierte Wolfgang Steiger. „Wir dürfen kein Risiko eingehen und müssen die Energiesicherheit langfristig sicherstellen. Daher fordert der Wirtschaftsrat einmal mehr, die Kernkraftwerke auch langfristig weiterlaufen zu lassen.“

Gleichzeitig sparte er nicht an Kritik gegenüber Wirtschaftsminister Robert Habeck: „Ein Ideenprozess findet in Berlin aktuell nicht mehr statt. Wir haben einen Wirtschaftsminister, der den Fachleuten aus ideologischen



Foto: Wirtschaftsrat

Zahlreiche Mitglieder folgten der Einladung zum Jahresauftakt mit Generalsekretär Wolfgang Steiger

Gründen nicht zuhören möchte und daher eine potenzielle Stromknappheit völlig außer Acht lässt.“

Als Hesse liege Wolfgang Steiger die anstehende Landtagswahl sehr am Herzen. „Nicht nach hinten schauen, nicht nur meckern, sondern konstruktiv den Finger in die Wunde legen und Ideen entwickeln, die uns alle voranbringen. Wir Hessen wollen Fortschritt und streben stets nach ihm. Wir sind nicht bequem und ruhen uns aus. Wir streben weiter und weiter, in dem sicheren Wissen, dass wir nur so an der Spitze bleiben“, appellierte der Generalsekretär zum Abschluss.

Carsten Linnemann MdB zum neuen CDU-Grundsatzprogramm

Ein Jahr nach Übernahme des CDU-Bundesvorsitzes durch Friedrich Merz zog die Sektion Kassel gemeinsam mit dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Carsten Linnemann MdB Bilanz und diskutierte mit ihm über den gesellschaftlichen Wandel, die veränderte deutsche Parteienlandschaft sowie das neue CDU-Grundsatzprogramm.

„Inflation, Fachkräftemangel, Energiepreise und die wirtschaftliche Exportabhängigkeit sind die Themen, die über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheiden“, zeigte sich der Leiter der Programm- und Grundsatzkommission überzeugt. Die aktuelle Situation erfordere eine neue Art der Ehrlichkeit gegenüber der Realität. So sei die aktuelle Gießkannenpolitik bei den Finanzhilfen wenig sinnvoll. „Staatliche finanzielle Unterstützung sollten nur diejenigen erhalten, die es auch wirklich brauchen“, argumentierte Linnemann. Der gebürtige Nordrhein-Westfale setzt sich für mehr Eigenverantwortung der Wirtschaft und Gesellschaft



Foto: Wirtschaftsrat

Carsten Linnemann MdB sprach vor den Mitgliedern der Sektion Kassel über seine Arbeit als Leiter der Programm- und Grundsatzkommission der CDU

ein und plädiert für eine neue Mentalität, in der auch der Grundsatz „Einfach machen!“ anerkannt ist.

Carsten Linnemann zufolge soll das neue Grundsatzprogramm der CDU genau dies widerspiegeln. Die CDU dürfe weder auf den Zeitgeist noch auf das Kanzleramt Rücksicht nehmen. Sie müsse sich vielmehr auf ihre Werte konzentrieren und daraus ihre konkreten Positionen ableiten. Marktwirtschaft und Eigenverantwortung müssten wieder in den Fokus rücken. „Ende 2023 soll ein Grundsatzprogramm stehen, welches sich gewaschen hat und klare Werte enthält“, kündigte der Bundestagsabgeordnete an.

Brüssel

Verkehrspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Besuch



Eine Delegation von Verkehrspolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war kürzlich zu Gast in Brüssel, um verschiedene Themen im Zusammenhang mit der europäischen Verkehrspolitik zu diskutieren. Die Vorsitzende des Landesverbandes Brüssel, Corinna Grajetzky, betonte, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der EU auf dem Gebiet der Verkehrspolitik sei.

Thomas Bareiß MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erläuterte die aktuelle politische Situation in Deutschland in Bezug auf den Verkehrssektor. Ein Schwerpunktthema der Diskussion war das kürzlich von Rat, Kommission und EU-Parlament beschlossene Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2035. Einig waren sich die Teilnehmer vor allem in einem Punkt: Der Gesetzgebungsprozess der CO₂-Regulierung bei Pkw sollte nun schnellstmöglich abgeschlossen werden, um für Klarheit für Zulieferer und Autoherstellern zu sorgen.

Das Prinzip der Technologieoffenheit solle in allen Industriezweigen in Europa beibehalten werden. Es sei wichtig, den Dialog zwischen Deutschland und der EU in diesem Bereich fortzusetzen und eng zusammenzuarbeiten, um die Verkehrswende voranzutreiben und die Klimaziele der EU zu erreichen. Weitere Themen waren die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Europäische Wirtschaft und die Lieferketten und die Positionierung der Europäischen Kommission zum amerikanischen Inflation Reduction Act.



Foto: Wirtschaftsrat

Das Verbrenner-Verbot stand im Mittelpunkt des Treffens der Verkehrspolitiker aus CDU und CSU



Mecklenburg-Vorpommern

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer bei der Landesfachkommission Energie, Industrie und Technologie

Das neue Jahr hat für die Energiewirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern mit der Eröffnung des LNG-Terminals in Lubmin gut begonnen. Lubmin ist auch Standort einer der zukünftig größten Produktionsanlagen für grünen Wasserstoff, die 2025 eröffnet werden soll. „Wasserstoff hat den Vorteil, dass wir ihn speichern und somit für neue Antriebe nutzen können. Wir wollen Wasserstoff als kostbaren Rohstoff nutzen und auch exportieren“, sagte Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern, bei einer Sitzung

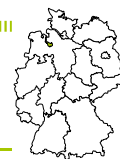


Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit, referierte über den Ausbau der erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern

der Landesfachkommission Energie, Industrie und Technologie. „Um unsere Ziele zu erreichen, wollen wir bis 2025 Wasserstoffhubs in Rostock errichtet haben, die bis 2030 1,5 GW stark sein sollen. Wir möchten auch weitere Elektrolyseure bauen und die Pipelineinfrastrukturen, die für Gas genutzt werden, auch für Wasserstoff nutzen.“

Neben Wasserstoff waren auch andere erneuerbare Energien ein Thema, wie On- und Offshore-Parks: „Beim Bau der Offshore-Parks sind wir ganz zufrieden, auch wenn die Nordsee hier mehr hat. Sie hat aber auch die besseren Bedingungen. Wir haben hier in der Ostsee aber auch noch Möglichkeiten, gerade rund um die Insel Bornholm“, sagte der Minister. „Der Onshore-Ausbau lief ganz klar enttäuschend. Hier haben wir großen Nachholbedarf. Es geht vor allem wegen der langen Genehmigungsverfahren so langsam voran“, sagte Meyer. Beteiligungsverfahren dauerten zehn Jahre oder länger. Solche langsamen Prozesse werde sich das Land nicht mehr leisten können, wenn man Vorreiter bei der Energiewende sein möchte.

Um den Norden Deutschlands, der am meisten erneuerbare Energie generiert, zu entlasten, möchte Meyer die Netzentgelte senken: „Es ist jetzt wirklich an der Zeit, dass wir da was ändern. Sonst machen wir eine Bundesratsinitiative!“, kündigte Reinhard Meyer an.



Bremen

Auftaktveranstaltung der Landesfachkommission Sicherheitstechnik, Luft- und Raumfahrt

Dass Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit in einem größeren Kontext gemeinsam mit der Luft- und Raumfahrt gedacht werden müssen, wurde bei der Auftaktveranstaltung der Landesfachkommission Sicherheitstechnik, Luft- und Raumfahrt deutlich, an der Vertreter der Sicherheits-, Luft- und Raumfahrtbranche, der Verbände, der Politik sowie der Bundeswehr teilnahmen.

Die Kommissionsvorsitzende Chiara Pedersoli, Mitglied des Vorstands der OHB System AG, betonte: „Auch der Weltraum ist kein waffenfreier Raum mehr und ist gleichzeitig von höchster Relevanz für unser heutiges Leben. Im Weltraum befinden sich unsere Kommunikations- und Navigationsnetze, also kritische Infrastruktur, die nicht nur unser alltägliches Leben bestimmt, sondern auch für das Militär essenziell ist.“

Generalleutnant Michael Vetter, Abteilungsleiter Cyber- und Informationstechnik im Bundesministerium der Verteidigung, und der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Röwekamp MdB unterstrichen diese Position. „Konflikte werden heutzutage im Cyberraum vorbereitet und teilweise sogar ausgetragen. Deshalb müssen wir dort gesamtgesellschaftlich besser aufgestellt sein“, so General Vetter. Thomas Röwekamp ergänzte: „Zukünftig ist die militärische Nutzung des Weltraums ein wichtiges Thema. Dabei ist die stetige Weiterentwicklung Bremens als Standort für Luft- und Raumfahrt sowie für die Rüstungsindustrie nötig, denn die Kapazitäten sind bereits vorhanden.“



v.l.n.r. Generalleutnant Michael Vetter, Chiara Pedersoli, Thomas Röwekamp MdB

Alle Redner betonten die Bedeutung der neuen Landesfachkommission, die im Dialog zwischen den Unternehmen der Branche mit den politischen Akteuren auf Landes- wie auf Bundesebene Impulse für optimale Rahmenbedingungen am Standort Bremen setzen will, wo insgesamt 140 Unternehmen und 20 Institute einen Jahresumsatz von über vier Milliarden Euro erwirtschaften.



Baden-Württemberg Neujahrsempfang mit Finanzminister Dr. Danyal Bayaz

Ein Plädoyer für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes hielt der baden-württembergische Finanzminister Dr. Danyal Bayaz beim Neujahrsempfang des Wirtschaftsrates. „Als wichtiger Handelspartner und großer Exportmarkt für unsere Unternehmen sind die USA für uns von großer Bedeutung,

zugleich aber auch ein starker Wettbewerber“, erklärte der Minister mit Blick auf den Inflation Reduction Act (IRA). Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sei durch den IRA aber nicht ernsthaft gefährdet.

„Hierzu trägt auch das vorausschauende Handeln in der Pandemie bei, weshalb jetzt wieder ohne Aussetzung der Schuldenbremse und ohne Sondervermögen agiert werden kann“, erklärte Dr. Danyal Bayaz. Auch der jüngst verabschiedete Haushalt lege

einen großen Schwerpunkt auf die Bildung, um so die Innovationsfähigkeit und den Wohlstand Baden-Württembergs zu erhalten.

Weiter bestärkte der Finanzminister den Landesvorsitzenden Joachim Rudolf in seiner Forderung nach Bürokratieabbau und Beschleunigung von Planungsverfahren. Wie man am Bau der neuen LNG-Terminals sehe, könnten Genehmigungsverfahren deutlich schneller vorstattengehen als bisher. „Es kann einfach nicht sein, dass bis zum Bau eines Windrads sieben Jahre verstreichen. Hier muss nun endlich das propagierte Deutschlandtempo umgesetzt werden“, forderte Dr. Danyal Bayaz.



Dr. Danyal Bayaz, Minister für Finanzen des Landes Baden-Württemberg

Foto: Wirtschaftsrat

Thüringen Innovation made in Thüringen

Von der Innovationskraft thüringischer Unternehmen konnte sich Bundesministerin a.D. Julia Klöckner MdB anlässlich einer Besichtigung zweier Mitgliedsunternehmen des Wirtschaftsrates überzeugen. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands folgte zunächst einer Einladung von Max Madelung, Geschäftsführer der PVP Triptis GmbH. Das Unternehmen stellt hochwertige Produkte aus Reifenpellets her, die weltweit exportiert werden. Während der Besichtigung betonten Julia Klöckner und der thüringische Landtagsabgeordnete Christian Herrgott die Notwendigkeit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. „Wichtig sind nicht nur Schritte, die kurzfristig für mehr Liquidität bei Unternehmen und Beschäftigten sorgen, sondern auch mittel- und langfristige Maßnahmen, deren verbindliche Ankündigung und Einleitung bereits heute das Geschäftsklima positiv beeinflussen“, unterstrich Julia Klöckner.

Bei einem anschließenden Besuch der ESET Deutschland GmbH in Jena, den Julia Klöckner gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der CDU Thüringen und CDU-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Prof. Dr. Mario Voigt MdL, sowie dem Landesvorsitzenden des Wirtschaftsrates Thüringen, Mihajlo Kolakovic, absolvierte, stand die Cybersicherheit im Mittelpunkt. Die Gäste waren sich mit Gastgeber Maik Wetzel, Director of Strategic Business Development der ESET Deutschland GmbH, einig, dass auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung gestärkt werden müsse.



Julia Klöckner MdB

Foto: CDU Rheinland-Pfalz

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung:

 Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführer:

Iris Hund
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDE33

Verlag:

 Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise:

 quartalsweise

Anzeigenpreise:

 Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen:

 Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.



Foto: Fotolia.com ©mitria



Foto: Fotolia.com ©lvicans

Im Spiegel der Presse

Die *Wirtschaftswoche* schrieb am 25.11.2022

Der Wirtschaftsrat forderte für Unternehmen steuerliche **Liquiditätshilfen** wie eine unbegrenzte Verrechnung von Verlusten mit früheren Gewinnen. „Die Liquidität vieler Unternehmen schmilzt massiv“, warnte Generalsekretär Wolfgang Steiger. So müssten 2023 allein 60 Milliarden Euro an Unternehmensanleihen refinanziert werden, wobei bereits Herabstufungen der Bonität der Firmen zu beobachten seien.

Saarbrücker Zeitung am 21.12.2022

Nach der EU-Einigung auf schärfere Regeln im **CO₂-Emissionshandel** hat der Wirtschaftsrat die Abschaffung des deutschen CO₂-Preises für Autofahrer, Industrie und Verbraucher gefordert. „Spätestens wenn der EU-Emissionshandel für den Verkehr und die Heizung eingeführt wird, müssen gerade in Deutschland alle rein nationalen Maßnahmen, wie der deutsche CO₂-Preis und Technologieverbote, zurückgezogen werden, damit der Emissionshandel seine volle Wirkung entfalten kann“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** am 09.02.2023

Europa braucht eine klare Agenda für **Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit**, schrieb Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, in einem Namensbeitrag. „Deutlich höhere Gas- und Stromkosten sind ein fundamentaler Wettbewerbsnachteil. Umso wichtiger ist die Stabilisierung der Energieversorgung und -preise durch die Weiterentwicklung der Energieunion und Angebotsausweitungen.“

Die *Wirtschaftswoche* schrieb am 10.02.2023

In einem in der Wirtschaftswoche erschienenen Gastkommentar haben die Präsidentin des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker, und die Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates, Caroline Bosbach, die Politik zum Einsatz für mehr **Generationengerechtigkeit** aufgefordert.

Der **Focus** veröffentlichte am 11.02.2023

Präsidentin Astrid Hamker kritisierte in einem Gastbeitrag insbesondere den gleichzeitigen Ausstieg aus Kernkraft und Kohle, die sehr hohe Abgabenlast für Betriebe und

das ungezügelt wuchernde Bürokratiedickicht. Die Präsidentin ist überzeugt: „Nur mit mutigen und vielleicht auch unpopulären Entscheidungen kann Deutschland **Industriestandort und Wachstumsmotor** bleiben.“

Die **Börsen-Zeitung** zitierte am 02.03.2023

Generalsekretär Wolfgang Steiger sagte in einem Namensbeitrag: „Wir erleben das **Ende niedriger Inflation** und vier Jahrzehnte fallender Zinsen. Viele Dynamiken, die in den letzten Jahren für niedrige Preise sorgten, haben sich umgekehrt und wirken strukturell in die entgegengesetzte Richtung.“

Die **Rheinische Post** am 15.03.2023

Der Bundesverkehrsminister Volker Wissing fordert von der EU-Kommission eine Ausnahmeregel für Autos mit Verbrennungsmotor nach 2035, wenn sie **E-Fuels** tanken. „Die einseitige Fokussierung auf die E-Mobilität ist nicht mehr umsetzbar. Wir brauchen jetzt so schnell wie möglich Planungs- und Investitionssicherheit“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

TV.Berlin zeigte am 09.03.2023

„**Die explodierenden Energiepreise** sind doch auch hausgemacht, weil kein Land der Erde gleichzeitig aus Kohle und Kernenergie aussteigt. Wir brauchen die drei verbleibenden Kernkraftwerke für den Übergang, um die Versorgung unseres Industriestandortes und der Menschen im Land zu sichern“, sagt Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, in der Sendung.

Die **WELT** schrieb am 22.03.2023

„Die Europäische Kommission hat den Ernst der Lage immer noch nicht begriffen“, sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger. Die parteinahe Organisation vertritt die Interessen vor allem mittelständischer Unternehmen. „Es reicht nicht aus, auf den amerikanischen **Inflation Reduction Act** mit einem bürokratischen Gegenentwurf zu antworten.“



©Klaus Suttman



400.000

Angesichts fallender Zahlen an fertiggestellten Wohnungen pro Jahr hat Bundesbauministerin Klara Geywitz die Erwartungen Anfang des Jahres nun zurückgeschraubt: 400.000 neue **Wohnungen** pro Jahr sind 2022 wie 2023 nicht zu schaffen. Frühestens ab 2024 könne man sich der Zahl annähern.

Quelle: Der Spiegel



10

2022 sind nur rund ein Drittel aller **ICE- und IC-Züge** pünktlich in ihrem Ziel eingelaufen. Um zehn Prozentpunkte hat sich die Bahn damit gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Als Gründe werden die überalterte und knappe Infrastruktur, intensives Bauen und Sabotage.

Quelle: Deutsche Bahn



575

Fünf Jahre Zeit hatten Bund und Länder, 575 **Verwaltungsleistungen** ab 2023 digital anzubieten, und sind krachend gescheitert. Jetzt soll das Onlinezugangsgesetz 2.0 Abhilfe schaffen.

Quelle: Rheinische Post

Zahlen des Quartals



14

Nach langem Ringen in der Ampelkoalition liefert Deutschland 14 Kampfpanzer Leopard 2 A6 der **Bundeswehr** in die Ukraine. Zum Paket gehören auch Logistik, Munition und Wartung.

Quelle: Bundesministerium der Verteidigung



40,45

2023 steigen die **Sozialabgaben** erstmals seit 2008 mit 40,45 Prozent wieder über die wichtige 40-Prozent-Hürde. Tendenz weiter steigend, 45 Prozent durchaus realistisch. Bleiben Reformen aus, belastet dies nicht nur den Konsum, sondern verschärft auch das Fachkräfteproblem.

Quelle: Wirtschaftswoche



3

Die Europäische Zentralbank hat den **Leitzins** erneut um 0,5 Prozentpunkte auf drei Prozent angehoben und Bundesbankpräsident Joachim Nagel, der irische Ministerpräsident wie auch die Wirtschaftsweisen Monika Schnitzer sind davon überzeugt, dass die EZB auch über die bereits angekündigte Erhöhung im März hinaus, die Zinsschraube weiter anziehen wird.

Quelle: Handelsblatt



4

Die hohen Energiekosten haben die Zahl der **Insolvenzen** von Unternehmen in Deutschland erstmals seit 2009 wieder steigen lassen – und zwar um vier Prozent. Dies dürfte jedoch nur der Auftakt gewesen sein. Inflation, hohe Energiepreise, steigende Zinsen und eine sich verschärfende Wettbewerbssituation erhöhen den Druck auf die Wirtschaft.

Quelle: Creditreform

Einseitige Transparenz

Zwei namhafte Umweltverbände, WWF und Nabu, haben sich aus der "Allianz für Lobbytransparenz" verabschiedet, weil sie sich der selbstaufgelegten Transparenz der Organisation nicht unterwerfen wollen. Diese Allianz kämpft für Offenlegung von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Sponsorings der Wirtschaft. Bis zur Durchsetzung dieser – natürlich – gegen Unternehmen und Interessenvertretungen gerichteten Forderungen sollten deren Mitglieder mit gutem Beispiel vorangehen. In der WELT steht als Begründung für den Austritt aus der Allianz, dass „Regeln, die bei wirtschaftlichen Akteuren ganz richtig sind, bei überwiegend spendenfinanzierten zivilgesellschaftlichen Akteuren die Existenz gefährden.“ Wichtig sei „die Chancengleichheit für zivilgesellschaftliche Akteure gegenüber Wirtschaftslobbyisten“, argumentieren sie. Nun ja, ein durchaus löblicher Gründungsgedanke der Allianz war, eine solche Unterscheidung nicht vorzunehmen. Beide Organisationen fürchten weniger Spenden, Schenkungen und Erbschaften. Auch sollen ihre Spender nicht von anderen angebettelt werden – oder sich gar in der Familie rechtfertigen müssen. Das lässt spindoc einfach mal ohne weitere Worte stehen.



Ihr Spindoktor

Starke Gemeinschaft

Wir wachen über die Soziale Marktwirtschaft.
Wir arbeiten für den „Wohlstand für alle“
und die Freiheit des Einzelnen.

Das ist seit sechzig Jahren unser Auftrag und
unsere Leidenschaft, daran halten wir fest.

Machen Sie mit!



WERTE
WOHLSTAND
ZUSAMMENHALT

A young child with blonde hair, wearing a bright yellow raincoat and pink shorts, is walking barefoot on a sandy beach. The child is making a peace sign with their right hand. In the background, several large wind turbines are visible against a clear blue sky. The overall scene is bright and sunny, suggesting a pleasant day. The image is used as a background for the RWE advertisement.

RWE

Wind und Wetter: eine Win-win-Situation.

Daran arbeiten wir mit Leidenschaft und investieren mehr als 50 Milliarden Euro brutto bis 2030. In Offshore- und Onshore-Windkraft, Solar, Speichertechnologien, flexible Backup-Kapazitäten sowie Wasserstoff. Oder einfacher: in die grüne Energiewelt von morgen.

[rwe.com](https://www.rwe.com)